

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T

Das Fiasco der Pläne der Imperialisten in Ungarn . . .	1
N. SERGEJEW — Wovon der 81. Jahreskongreß der britischen Trade Unions zeugt	3
L. ROWINSKI — Tom Clarks Verblendung	10
M. RUBINSTEIN — Englisch-amerikanische Atomzwistig- keiten (Eine Auslandspresseschau)	12
Internationale Umschau (Notizen)	16
A. KAMNEW — Venezuela (Reisenotizen)	21
A. KULESCHOW — Basel — Bern — Genf (Reiseein- drücke)	26
Kritik und Bibliographie:	
G. RUDOI — 5 Milliarden	29
Chronik der internationalen Ereignisse	32

Nr. 39
Jahrgang 1949

Schriftleiter: **W. BERESIN**

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

Das Fiasko der Pläne der Imperialisten in Ungarn

AM 16. SEPTEMBER begann vor dem Budapester Volksgericht der Prozeß in Sachen der ungarischen Hochverräte László Rajk und Komplicen, der die Öffentlichkeit in allen Ländern der Welt aufmerken läßt. Die wenige Tage vor dem Prozeß veröffentlichte Anklageschrift fand sowohl in den Ländern der Volksdemokratie als auch in den kapitalistischen Staaten starken Widerhall bei den Persönlichkeiten des politischen und öffentlichen Lebens und in der Presse. Die Bedeutung des Falles Rajk geht weit über die Grenzen des Landes hinaus, in dem die Verbrecher ihr gemeines Unwesen trieben.

Hauptziel der von Rajk geleiteten Verschwörerorganisation war es, Ungarn vom Lager des Sozialismus loszureißen, das Regime der Volksdemokratie zu stürzen, die führenden Persönlichkeiten des ungarischen Volks zu ermorden, Grund und Boden den Grundbesitzern und die Industriebetriebe den Kapitalisten zurückzugeben, die Unabhängigkeit des Landes zu liquidieren und es der Unterjochung durch das Auslandskapital auszuliefern. Ziele solcher Art konnten sich natürlich nur Leute stellen, die nicht allein jeglicher Unterstützung im Volke bar, sondern dem Volk zutiefst feind sind und das Volk hassen. Rajk und seine Komplicen waren Leute ebendieses Schlages. Durch Dokumente wurde bewiesen und von den Angeklagten selber eingestanden, daß sie schon seit langem am ungarischen Volk Verrat geübt und als besoldete Provokateure und Spione lange Jahre zuerst dem faschistischen Horthyregime, dann der deutschen Gestapo und hierauf dem französischen, dem englischen und vor allem dem amerikanischen Nachrichtendienst und dessen jugoslawischer Zweigstelle — der Titobande — gedient haben.

Für den USA-Imperialismus, für die von dem sattsam bekannten Allen Dulles geleitete Spionageorganisation Office of Strategic Services, in deren Diensten Rajk, Szönyi und die anderen Angeklagten lange Jahre standen, gewannen diese Leute einen besonderen Wert nach dem Frühjahr 1945, als es ihnen gelang, sich unter Verheimlichung ihrer Spionenvergangenheit in betrügerischer Weise auf führende politische und militärische Posten im neuen, volksdemokratischen Ungarn einzuschleichen. Rajk hat in der

Voruntersuchung ausgesagt, nachdem er Minister geworden sei, habe er „amerikanische Kundschafter ständig und systematisch über alle Fragen des Innenministeriums und später des Außenministeriums“ informiert.

Rajk, Pálffy, Szönyi und die anderen, die heute auf der Anklagebank sitzen, beschränkten sich, während der Vorbereitung ihrer Verschwörung, nicht darauf, jeder auf seinem Gebiet, für ihre amerikanischen Brüder zu spionieren — sie brachten auch Spione, Zerstörungssoldaten und Mörder, die aus der Schweiz, aus Frankreich und sogar aus Südafrika nach Ungarn geschmuggelt worden waren, auf wichtigen Posten unter. Die meisten Spione wurden aus Jugoslawien eingeschmuggelt, von der Tito-Ranković-Bande, welcher der USA-Nachrichtendienst die ungarischen Verschwörer direkt unterstellt hatte.

Der Prozeß gegen Rajk und Komplicen deckt die zahlreichen Fäden der Spionage, der Sabotage und der Verschwörungen gegen den Frieden, gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie auf, Fäden, die der amerikanische und der englische Imperialismus schon in den Jahren des zweiten Weltkriegs mit größter List zu knüpfen begannen.

Der Prozeß gegen Rajk und Komplicen wirft ein besonders grüles Licht auf die Rolle, die die Tito-Ranković-Clique in der politischen und militärischen Strategie des englisch-amerikanischen Blocks spielt. Dieser Prozeß zeigt anschaulich, weswegen gerade dieser Clique in den amerikanischen Plänen zum gewaltsmalen Sturz der volksdemokratischen Regimes der Länder Mittel- und Südosteupas die erste Rolle zugewiesen wurde. Der Fall Rajk bekräftigt, was schon in den letzten anderthalb Jahren aus der ganzen verräterischen Handlungsweise der in Jugoslawien herrschenden Tito-Ranković-Bande zu schließen war. Jetzt ist durch Dokumente bewiesen, daß der überwiegende Teil der unmittelbaren Umgebung Titos aus alten deutschen, französischen, englischen und amerikanischen Spionen besteht. Sie wurden während des Krieges und kurz nach seinem Ende eigens nach Jugoslawien entsandt und vermochten es dort, die ehrlichen, der Sache des Volks ergebenen Menschen, die heldenhaft gegen die italienischen und die deutschen Faschisten, für die

Freiheit ihres Heimatlands den Partisanenkrieg geführt hatten, von der Macht zurückzudrängen.

In den Sowjetnoten an die Regierung Jugoslawiens wurde die Titoclique als eine Bande böswilliger Deserteure aus dem Lager der Demokratie in das Lager des Imperialismus und des Faschismus entlarvt. Die verräterische Haltung der jugoslawischen Regierung sowohl auf dem Gebiet der Außenpolitik als auch auf dem der inneren Angelegenheiten zeigte, daß es irgendwelche festen Fäden gibt, die diese Regierung an die ausländischen Kapitalisten binden. Die Anklageschrift in Sachen Rajk hat gezeigt, was für Fäden das sind.

Nun ist bekanntgeworden, daß viele Häuptlinge der Titobande schon in den Jahren 1939 bis 1940 — und manche von ihnen noch früher — im Dienste gleichzeitig mehrerer ausländischer Spionageorganisationen standen. Nachdem die amerikanischen Imperialisten diese ihre Spione in Jugoslawien an die Macht gebracht hatten, beabsichtigten sie, Jugoslawien nicht allein in das Lager des Imperialismus einzubeziehen, sondern es auch in ein Werkzeug zur Eroberung der andern, von der Sowjetarmee befreiten Länder Mittel- und Südosteupas zu verwandeln, um auch diese Länder durch Betrug und Gewalt von dem Lager der Demokratie und des Sozialismus loszureißen. Der amerikanische Henker des jugoslawischen Volks, Ranković, sagte das seinem ungarischen Verratskollegen und Agenten Rajk im Dezember 1947 geradeheraus: „Der Plan besteht darin, die Wachsamkeit der Regierungen der Nachbarländer unbemerkt einzuschläfern und die Länder der Volksdemokratie in den Bannkreis Jugoslawiens mit Belgrad als Zentrum einzubeziehen.“

Dieser teuflische Plan zum Raub der Unabhängigkeit der volksdemokratischen Länder war von der Titobande sorgfältig durchdacht und von ihren amerikanischen Brotherren gebilligt worden. Sie trachteten, die Verbindungen zwischen den volksdemokratischen Ländern und der Sowjetunion zu zerstören, die volksdemokratischen Regierungen zu stürzen, diese Länder aus dem Lager der Demokratie in das Lager des amerikanischen Imperialismus zu zerren.

Der Plan der Belgrader Söldlinge und ihrer Washingtoner Brotherren ist gescheitert. Die reichen Erfahrungen der Sowjetunion und ihre eigenen Erfahrungen haben sowohl die leitenden Persönlichkeiten als auch die werktätigen Massen in den Ländern der Volksdemokratie gelehrt, den Ränken der Häuptlinge und Lakaien des Lagers des Imperialismus gegenüber wachsam zu sein. Der Verschwörer Rajk hatte ja seine

Vorläufer: Ferenz Nagy in Ungarn, Mikołajczyk in Polen, Petkoff in Bulgarien, Maniu in Rumänien, Koçi Xoxe in Albanien. Keiner von ihnen hatte Erfolg. Sie wurden alle entlarvt und unschädlich gemacht, denn die wirklich freien Völker Mittel- und Südosteupas verstehen es, ihre Freiheit und ihre Interessen zu behaupten.

Der Prozeß gegen die Spionenbande Rajks veranschaulicht klar die wachsende Stärke, die politische Reife und die unerschütterliche Lebensfähigkeit der volksdemokratischen Regimes. Dieser Prozeß zeigt, daß nur in den vom Haß gegen den Sozialismus entzündeten Hirnen der imperialistischen Räuber und ihrer Agenten vom Schlag Titos und Rajks die Idee eines Sturzes der volksdemokratischen Regimes durch eine faschistische Verschwörung Fuß fassen konnte. Eine solche Idee ist mehr als illusorisch, denn in jedem dieser Länder steht die erdrückende Mehrheit des Volkes auf der Wacht ihrer gewaltigen politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften.

Die Volksmassen werden sich nicht vom Wege des Sozialismus abdrängen lassen. Das bekräftigt auch der Widerhall des Prozesses gegen László Rajk in allen Ländern der Volksdemokratie. Millionen Werktätige äußern ihren Zorn wider die Verbrecher, wider deren Belgrader Spießgesellen und imperialistische Brotherren, Millionen Werktätige bekräftigen ihre Treue für den Sozialismus und ihre feste Entschlossenheit, ihre Errungenschaften gegen jegliche Anschläge zu verteidigen und zu behaupten. Die Freundschaft zwischen den Völkern der volksdemokratischen Länder und der Sowjetunion, ihrem tatkräftigen Freund und mächtigen Beschützer, ist stärker als je zuvor.

Andere Stimmen ertönen natürlich aus dem Lager des Imperialismus. Das Pariser Schmutzblatt „Franc-Tireur“ zischt erbost gegen die ungarische Demokratie, wie eine Schlange, der man mit dem Absatz auf den Kopf getreten hat. Diese Zeitung wagt es nicht, über den Inhalt der Anklageschrift zu berichten, sie hat nichts, womit sie die Blöße ihrer Belgrader Kollegen im Dienst am Dollar bedecken könnte. Nicht minder groß ist die Verwirrung des Londoner und des amerikanischen Rundfunks und der Monopolpresse. Die „Stimme Amerikas“ tröstet sich damit, man hätte all dies „voraussehen können“. BBC mußte zugeben, daß „an den Beschuldigungen gegen Rajk etwas Wahres ist“. So bereitet sie ihre Hörer auf die Tatsache vor, daß das englisch-amerikanische Söldnerpack in Ungarn restlos entlarvt ist, eine Tatsache, die sich nicht mehr verbergen läßt.

Die Verräter, denen jede Menschenähnlichkeit abhanden gekommen ist, die sich freiwillig als Henker des eigenen und fremder Völker verdingt

haben, die Häuptlinge der Tito-Ranković-Bande, stehen im Budapester Prozeß in ihrer ganzen abscheuerregenden Nacktheit da. Ihre Rolle und ihre Stellung in den Plänen der Imperialisten sind restlos bloßgelegt.

Die Entlarvung Rajks und seiner Komplicen bedeutet das Fiasko des Abenteurerplans der Imperialisten nicht nur in Ungarn, sondern auf dem Balkan überhaupt. Eine imperialistische Verschwörung mit weitgesteckten Zielen ist aufgedeckt worden. Es ist eine Verschwörung nicht allein gegen die Unabhängigkeit der Ungarischen Republik, sondern auch gegen die andern Länder der Volksdemokratie. Es ist eine Verschwörung gegen den Frieden und die internationale Sicherheit. Der amerikanische und der englische Spionage-dienst versuchten mit Hilfe der Titoleute jene „Balkanvariante“ in die Tat umzusetzen, die zu realisieren Churchill im Laufe des Krieges

nicht gelungen war, und deren Ziel darin bestand, die Positionen der Imperialisten auf dem Balkan zu festigen, sich der Balkanländer zu bemächtigen.

Der Gerichtsprozeß gegen Rajk ist zugleich ein Prozeß gegen Tito, Ranković, Kardelj, Djilas und die übrigen Häuptlinge der Belgrader Faschisten-clique. Dieser Prozeß entlarvt auch die Londoner und Washingtoner Brotherren dieser Clique. Sie alle versuchen krampfhaft, dem Lauf der Geschichte Einhalt zu gebieten. Jedoch nirgends und nie ist das jemandem gelungen. Am wenigsten aber kann es jetzt gelingen, wo mehr als ein Drittel der Menschheit sein Schicksal bereits selber in die Hand genommen hat. Der Prozeß in Budapest zeigt, daß dies feste Hände sind, daß das Lager der Demokratie unbesiegbar ist, und darin besteht die internationale Bedeutung dieses Prozesses.

Wovon der 81. Jahreskongreß der britischen Trade Unions zeugt

N. SERGEJEW

JE SCHWERER und komplizierter die Wirtschaftslage Großbritanniens, je verworrenener seine Außenpolitik, je stärker die Erschütterung seiner internationalen Positionen, je ernster die Probleme, denen sich die englische Arbeiterklasse gegenübergestellt sieht, desto tiefer wird die Kluft zwischen den Erfordernissen des Schutzes der Interessen der Werkätigen und den offiziellen Beschlüssen der Jahreskongresse der britischen Gewerkschaften.

Jeder neue Kongreß demonstriert die große zahlenmäßige Macht des organisierten Proletariats in England. In diesem Jahr waren auf dem Kongreß z. B. rund 8 Millionen organisierte Arbeiter und 187 Gewerkschaftsorganisationen vertreten. Das ist ein überaus großer potentieller Kraftfaktor, der von den kolossalen Möglichkeiten der englischen Arbeiterklasse zeugt, ein Kraftfaktor, der jedoch unterdrückt wird von jenen, die den leitenden Apparat der Trade Unions kontrollieren und die Arbeiterorganisationen dem bürgerlichen Staate dienstbar machen.

Besonders anschaulich zeigte das der 81. Jahreskongreß der Gewerkschaften, der vom 5. bis 9. September in Bridlington tagte. Zugleich traten auf diesem Kongreß greifbar die grundlegenden Gegensätze zwischen der Spitzencoïque der Trade

Unions und den Arbeitermassen hervor, und zeigte sich der Kampf, der in der Gewerkschaftsbewegung selbst im Gange ist.

Die Abstimmungs-maschine Um die Vorgänge auf dem Kongreß zu verstehen, muß man sich das pseudodemokratische System vergegenwärtigen, durch welches die Leiter des Generalrats sich am Ruder halten und den Willen der Massen unterdrücken. Diesem Ziel dient insbesondere das Abstimmungsverfahren nach Mandaten, bei dem die Leiter der großen Gewerkschaften über die Millionen Stimmen ihrer Verbandsmitglieder verfügen und so die Möglichkeit haben, die Meinung und die Stimmen der Delegierten Dutzender kleinerer Gewerkschaftsorganisationen zu unterdrücken.

Kaum bemerkt der Präsident, daß die Mehrzahl der Kongreßdelegierten gegen den Generalrat ist, so gibt er das Signal: „Abstimmung nach Mandaten“, denn die Hauptmacher im Generalrat haben die Leiter der größten Gewerkschaften fest in den Händen. Sir William Lawther, der Vorsitzende des Landesverbands der Bergarbeiter, Arthur Deakin, der Generalsekretär des Verbandes der Transportarbeiter und ungelerten Arbeiter, Tom Williamson, der Generalsekretär des Landes-

verbands der ungelernten Arbeiter und der Kommunalarbeiter, sowie einige andere Gewerkschaftsbosse hatten von vornherein in ihren Exekutivkomitees den Beschuß durchgesetzt, den Generalrat zu unterstützen und auf dem Kongreß gegen die Opposition aufzutreten. Zusammen mit Tewson, Lincoln Evans und den übrigen maßgebenden Bonzen aus dem Generalrat zogen sie gegen die einfachen Delegierten zu Felde, die versuchten, die Interessen der Arbeitermassen in den Vordergrund zu rücken und zu verteidigen.

Es fällt dem Generalrat aber mit jedem Jahre schwerer, die Opposition zu unterdrücken. Die Forderung, nach Mandaten abzustimmen, rief auf dem Bridlingtoner Kongreß wiederholt offene Skandale hervor. Trotzdem gelang es den Generalratshäuptlingen, auf dem Kongreß ihr Hauptziel zu erreichen: die Politik der Labourregierung, die den Willen der Kapitalmagnaten erfüllt und unter dem Deckmantel demagogischen Geschwätz von Sozialismus und sozialem Fortschritt England auf den Weg der vom USA-Imperialismus geplanten höchst gefährlichen Abenteuer stößt, wurde gutgeheißen.

Durch stärksten offenen und getarnten Druck gelang es dem Generalrat, fast alle durch die Gewerkschaften beantragten Resolutionen von der Tagesordnung abzusetzen, in denen die Politik Attlees und Bevins in dieser oder jener Form kritisiert wird und die Forderungen und Hoffnungen der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht werden. Zu den dringlichsten Fragen — denen der Löhne, Preise und Profite — lag dem Kongreß schließlich nur noch eine „Sammelresolution“ der Opposition vor aus den zusammengefaßten Resolutionsentwürfen der Elektrizitätsarbeitergewerkschaft, des Gummiarbeiterverbands, der Gewerkschaft der Tabakarbeiter, des Verbands der Bautechniker und desjenigen der staatlichen Büroangestellten (Civil Service Clerical Association). Dieser Resolution wurde der offizielle Entwurf des Generalrats entgegengestellt.

Auf eine ihm allein bekannte Weise konnte der Generalrat die Leiter einiger großer Gewerkschaften, die über das Mandat von 2 Millionen Arbeitern verfügten, veranlassen, in vollem Widerspruch zu den Resolutionsentwürfen abzustimmen, die ihre eigenen Gewerkschaften eingebracht hatten. So kam es zu einem Schauspiel, das die Sitten in den Trade Unions nicht übel illustrierte.

„Es wäre interessant zu erfahren“, sagte ein Delegierter, der die Resolution der Opposition verteidigte, in seiner Rede, „was für ‚demokratische Prozesse‘ sich abgespielt haben, daß es zu einer solchen Änderung kommen konnte.“

Und doch stimmten schließlich Delegierte, die mehr als eine Million (1 038 000) Arbeiter

vertraten, gegen die Politik des Generalrats. Sein Rechenschaftsbericht und seine Resolutionen wurden durch die Stimmen einer eng zusammengeschlossenen Gruppe von Gewerkschaftsbossen bestätigt, deren Mandate rund 6 Millionen Stimmen „wogen“.

Das Programm der Wall Street für die englischen Arbeiter

Das Programm, dessen Billigung der Generalrat erwirkte, wurde vom Kongreßpräsidenten

Lawther dargelegt. Sein Sinn ist ganz klar: die Arbeiter dürfen auf keine Verbesserung der Wirtschaftslage und auf keine Zugeständnisse der Unternehmer rechnen; sie müssen auf Lohnforderungen verzichten und die Arbeitsproduktivität mit allen Kräften heben; Streikende sind zu verfolgen; der Marshallplan ist eine großartige Erungenschaft; die Politik des „kalten Kriegs“ gegen die Sowjetunion ist fortzusetzen...

Ist es denn dies, was die Arbeiterklasse Englands, die einen ernsthaften Anschlag des Kapitals auf das Lebensniveau der Werktäglichen zu gewärtigen hat, jetzt braucht? Die Labourminister haben die Auspressung der Arbeiter und die Forderung, daß diese weitere „Opfer“ bringen mögen, zum Hauptpunkt ihrer Wirtschaftspläne gemacht. Sie verlangen, daß die Arbeiter für die Wirtschaftsmisere aufkommen; in die Churchills und Bevins Abenteurerpolitik England gestürzt hat.

Die Lage wird für den englischen Arbeiter um so bedrohlicher, als die Offensive auf seinen Lebensstandard von der City und der Wall Street, von den englischen und den amerikanischen Monopolen, gemeinsam vorbereitet wird. Die Führer des Generalrats des TUC bewahrten auf dem Kongreß hierüber Schweigen, aber der Marshallplan-Administrator Paul Hoffman hatte sie davon unterrichtet, daß Washington bei den Verhandlungen mit Cripps und Bevin von der Labourregierung den Abbau der Aufwendungen für Gesundheitsschutz und für andere soziale Maßnahmen fordern werde. Nach Abschluß der Verhandlungen wurde bekannt, daß sowohl die Pfundabwertung als auch der Abbau der Zuwendungen für soziale Zwecke, insbesondere für den Gesundheitsschutz, tatsächlich bevorstehen. Auch die Regierungszuschüsse zur Verbilligung von Lebensmitteln werden gekürzt werden. Der Pfundabwertungstrick wird den englischen Kapitalisten helfen, ihre Profite zu bewahren und die werktätige Bevölkerung auszurauben, denn für diese bedeutet die Abwertung Preissteigerung und Senkung des Reallohns, besonders unter Verhältnissen, wo die Lohnsätze ohnehin dem „Lohnstopp“ unterworfen sind.

England ist reich genug, die Lebenshaltung seiner Arbeiter nicht zu verschlechtern, sondern

zu verbessern, das Sozialversicherungssystem nicht abzubauen und das Wohnbauprogramm nicht zu kürzen. Die englischen Kapitalisten sind reich genug, eine Profiteinschränkung auszuhalten und eine Herabsetzung der Preise für Massenbedarfsartikel zulassen zu können. Die Kürzung der unverhältnismäßig aufgeblähten Aufwendungen für Rüstungszwecke und für die aggressive Außenpolitik wäre ein weit wirksameres Mittel zur Sanierung der britischen Finanzen, als der Abbau des Gesundheitsschutzes und des Wohnbaus. Die Hebung der Kaufkraft der Bevölkerung würde zweifellos die Schläge der Wirtschaftskrise mildern. Die Errichtung normaler Handelsbeziehungen zur Sowjetunion, zu den Ländern der Volksdemokratie, zum demokratischen China könnte die Wirtschaftslage Englands verbessern. Die Wirklichkeit selber wirft diese Fragen vor den englischen Gewerkschaften auf. Einige einfache Gewerkschaftsfunktionäre machten auf dem Kongreß den Versuch, hieran zu erinnern.

Aber die Drahtzieher des Generalrats haben Angst vor jedem wahren Wort über die tatsächlichen Absichten des Monopolkapitals, weil sie dem Kapital, und nicht der Sache der Arbeiterklasse dienen. Sich bei ihnen über die Citymagnaten beschweren, hieße Beelzebub beim Teufel verklagen.

Es gelang ihnen, wie gesagt, die meisten Antragsentwürfe von der Tagesordnung zu streichen, die der Politik des Großkapitals und der Labourregierung zuwiderlaufen, Errichtung einer Kontrolle über die Superprofite der Kapitalisten, Lohnerhöhung sowie Senkung der steigenden Gebrauchsgüter- und Lebensmittelpreise fordern und die spalterische Tätigkeit des Generalrats in der internationalen Arbeiterbewegung verurteilen. Mit Hilfe ihrer Abstimmungsmaschine gelang es ihnen ferner, alle anderen Resolutionsentwürfe zum Scheitern zu bringen.

Auch im englischen Volksmund heißt es: wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen. Von dieser Erwägung her waren die Drahtzieher des Generalrats bestrebt, jede Erwähnung der genannten Fragen auf dem Kongreß zu unterdrücken. Sie selber warfen keinen einzigen Stein auf die Kapitalisten. Dafür aber flogen gewichtige Pflastersteine in ihr eigenes Glashaus. Schließlich sah sich der Generalrat doch gezwungen, zu den Problemen, die er totschweigen wollte, Stellung zu nehmen.

Im traditionellen Jahresbericht des Generalrats tauchte eine Beifügung zu dem Abschnitt „Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftslage“ auf. Die Gewerkschaftsbonzen mußten ein Lippenbekenntnis gegen den Lohnabbau, gegen die

Verlängerung des Arbeitstags und gegen die Einschränkung des Sozialversicherungssystems ablegen. Nur mittels dieses Manövers gelang es ihnen denn auch, den Kongreß so weit zu bringen, daß er den Verzicht auf die Erhebung undVerteidigung wirtschaftlicher Forderungen sanktionierte und sein Einverständnis zu verstärkter Ausbeutung der Arbeitskraft gab.

Der Generalrat im Kreuzfeuer

Die Methoden, die der Generalrat anwandte, um die Arbeit des Kongresses auf ein widerstandsloses Jasagen zur Politik der Labourregierung zu beschränken, waren recht plump und grob. Aber sie retteten die Führer des Generalrats nicht vor der Notwendigkeit, Worte berechtigter Kritik anhören zu müssen. Bei der Diskussion zum Rechenschaftsbericht „überging“ das Präsidium einfach die kritischen Äußerungen der Delegierten. Aber trotz ihrer geübten Hand gelang es Lawther, Tewson und Deakin nicht, die Opposition zu knebeln und die Erörterung der brennenden Probleme zu vereiteln. Im Vergleich mit der Haltung und der Politik des Generalrats vermittelten die Reden, Anträge und abgelehnten Resolutionsentwürfe eine sehr klare Vorstellung von dem Verrat der Spaltenclique der Trade Unions und enthüllten ihre Liebedienerei vor dem englischen und dem amerikanischen Kapital.

Vor allem wurde der Kurs des Generalrats unter Feuer genommen, die Arbeiter vom Kampf für wirtschaftliche Forderungen zurückzuhalten und zu zwingen, das ihnen präsentierte Programm „weiterer Opfer“ widerspruchslös zu akzeptieren.

Die Vertreter einiger Gewerkschaften, darunter die Eisenbahner, verlangten, der Generalrat solle bei der Regierung die Aufhebung des Streikverbots erwirken. Bancock, der Generalsekretär des Journalistenverbands, brachte einen Resolutionsentwurf ein, in dem die Abschaffung des jetzigen Systems verlangt wurde, das die Gewerkschaften verpflichtet, sich bei Konflikten an das Schiedsgericht zu wenden, welches in der Regel zugunsten der Unternehmer entscheidet. Auch der Generalsekretär des Landesverbands der Autoindustriearbeiter, Edwards, hielt eine Rede gegen das System der Zwangsschiedsgerichte, d. h. gegen das Streikverbot. Bancock und Edwards wurden von anderen Delegierten unterstützt.

Walter Stevens, Generalsekretär der Elektrizitätsarbeitergewerkschaft, brachte einen Abänderungsantrag zur offiziellen Resolution ein, in dem gegen die Lohnsenkungen im Zusammenhang mit der Preissteigerung protestiert und zur Einführung einer Profitkontrolle aufgefordert wurde. In dem Zusatzantrag wurde darauf hingewiesen, daß der Lohn für einen annehmbaren Lebensstandard nicht ausreiche und der Kongreß sich

deswegen mit seiner sogenannten Stabilisierung nicht einverstanden erklären könne.

L. C. White, Generalsekretär des Verbandes der staatlichen Büroangestellten, enthüllte die Heuchelei der Gewerkschaftsführer, die für den Lohnstopp eintreten.

„So lange wie die Preissteigerung wird auch die Forderung nach Lohnerhöhung andauern“, sagte White warnend, „der Kongreß aber hat, wie die Erfahrung zeigt, weder das Ansehen noch den Einfluß, sich dem widersetzen zu können.“

Das Auseinandergehen zwischen dem Kurs des Generalrats und den Forderungen der Arbeiter bringt anscheinend auch einige Anhänger der Politik des Generalrats in Verlegenheit. So stellte Bryn Roberts, Generalsekretär des Verbands der öffentlichen Angestellten (National Union of Public Employees), einen Zusatzantrag zur offiziellen Resolution, in dem eine Beschränkung der Wirkungsdauer der sogenannten Lohnstopp-Politik gefordert wurde; dabei äußerte er die kennzeichnende Befürchtung, wenn diese Politik andauern werde, so liefern die Gewerkschaftsbonzen Gefahr, den Gewerkschaftsmitgliedern gegenüber „die Kontrolle zu verlieren“.

Harold Weate, Delegierter der Handelsangestelltengewerkschaft, erklärte, die Arbeiter wären es satt, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Unternehmerprofite zu steigern seien; er forderte, der Generalrat solle die Frage der Arbeitsproduktivität unter dem Gesichtswinkel der Überwachung der Industrie „durch das Volk für das Volk“ betrachten.

Nicht wenig Mühe kostete den Generalrat die Unterdrückung oder Vereitelung von Resolutionsentwürfen, die die Verstaatlichungsforderungen der Gewerkschaften betrafen, namentlich die Forderung nach Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung der verstaatlichten Sparten. Auf dem Kongreß wurden in dieser oder jener Form Proteste dagegen laut, daß die Labourregierung unter der Flagge der Verstaatlichung die Geschäfte der Industriellen besorgt. So äußerte D. Owen, ein Vertreter des Einheitsverbandes der Zugführer und Heizer, seine Empörung über die kolossalen Entschädigungssummen, die den Aktienbesitzern bei der Verstaatlichung der Eisenbahnen ausgezahlt wurden und nach überhöhten Börsenkursen errechnet worden waren. J. B. Figgins, Generalsekretär des Landesverbands der Eisenbahner, klagte in dessen Namen, für die Arbeiter habe die Verstaatlichung nur die Änderung gebracht, daß an die Stelle einer Unternehmergruppe eine andere getreten sei.

Eine direkte Herausforderung an die Labourpolitik und den von der Leitung des Generalrats

betriebenen Kurs war der von George Hitchings, einem Vertreter der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer, eingebrachte Resolutionsentwurf. Dieser wies auf die Unvermeidlichkeit einer Depression (d. h. hier Krise) in den kapitalistischen Ländern hin und forderte die Regierung auf, sie möge die Auswirkungen der Depression durch den Abschluß von Handelsabkommen mit allen Ländern mildern. Im Resolutionsentwurf wird auf die erfolgreiche Ausführung der Fünfjahrepläne in der Sowjetunion hingewiesen und gefordert, daß der Schwerpunkt der englischen Handelspolitik vom Westen nach dem Osten verlagert werde.

Hitchings wurde von L. Cannon, einem Vertreter des Verbandes der Elektrizitätsarbeiter, unterstützt. Dieser wies darauf hin, daß in der Sowjetunion Wirtschaftskrisen unmöglich sind, und daß der Marshallplan und der Atlantikpakt den wirtschaftlichen Wiederaufbau der europäischen Länder sowie deren weitere Entwicklung hemmen. Cannon hielt der Politik des „kalten Kriegs“ gegen die Sowjetunion den Kurs auf die Entwicklung der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Demokratien entgegen und hob hervor, daß dieser Kurs England größere Vorteile biete.

Lincoln Evans, der im Namen des Generalrats gegen diese Resolution zu Felde zog, wußte die vernünftigen und berechtigten Forderungen Hitchings' und Cannons nur mit Provokationen zu beantworten. Ohne irgendwelche sachlichen Argumente gegen ihre Vorschläge vorbringen zu können, erging sich Evans in wütenden und unziemlichen, verleumderischen Ausfällen an die Adresse der Sowjetunion, wodurch er empörte Zwischenrufe der Delegierten auslöste. Was die Resolution angeht, so wurde sie einfach beiseite geschoben und trotz den Protesten ihrer Anhänger nicht einmal zur Abstimmung gebracht.

Auch andere Redner erhoben die Forderung nach dem Ausbau der englischen Handelsbeziehungen zu den osteuropäischen Ländern und vor allem zur Sowjetunion. Eine vom Verband der Bautechniker eingebrachte Resolution forderte zur Regelung des Handels Englands mit der Sowjetunion und den Ländern der Volksdemokratie auf. Es wäre schwer gewesen, diesen unter den englischen Massen zweifellos höchst populären Antrag zum Scheitern zu bringen. Der Generalrat strich ihn einfach von der Tagesordnung und setzte an seine Stelle eine verschwommene und nichtssagende Resolution über die Entwicklung des Handels überhaupt.

Wie immer, wurde auf dem Bridlingtoner Kongreß erneut die Frage der gleichen Bezahlung von gleicher Männer- und Frauenarbeit aufgeworfen.

Miß F. Bonsor, Vertreterin des Verbands der Staatsangestellten, äußerte ihre Entrüstung darüber, daß die Gewerkschaften bis jetzt noch nicht imstande waren, die Einlösung der betreffenden Versprechungen der Labourpartei und ihrer Regierung zu erwirken. In praktischer Hinsicht war der Vorschlag Miß Bonsors äußerst gemäßigt: der Generalrat möchte sich binnen dreier Monate an die Regierung wenden und von ihr die gleiche Bezahlung gleicher Arbeit für Angestellte der Staatsinstitutionen und für Arbeiterinnen der unter Staatskontrolle stehenden Industrieunternehmen fordern. Folglich betraf dieser Antrag nicht einmal alle Industriearbeiterinnen.

Allein als Antwort auf diese bescheidene Forderung erklärte Lincoln Evans, der Kongreß habe doch den Rechenschaftsbericht des Generalrats zu den wirtschaftlichen Fragen und die von diesem vorgeschlagene Politik gebilligt, nach der die Arbeiter keine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage fordern dürfen; folglich sei auch den Frauen anheimzustellen, ihre Forderungen zurückzuhalten, obwohl der Generalrat — in Worten! — bereit sei, diese Forderungen als berechtigt anzuerkennen.

Diese Rede machte keinen Eindruck auf die Kongreßdelegierten; sie stimmten einmütig für den Antrag von Miß Bonsor. Darauf erklärte der Präsident Lawther, infolge der vorgeschrittenen Tagesstunde sei die Erörterung dieser Frage zu verschieben. Die Delegierten protestierten, aber Lawther griff zu dem bewährten Trick der Abstimmung nach Mandaten, und unter Protestlärm wurde die Haltung des Generalrats mit „3 835 000 Stimmen“ gegen „1 765 000 Stimmen“ „gebilligt“.

Die Fahnenflucht aus der Weltföderation der Gewerkschaften

Die Abstimmungsmaschine verschaffte dem Generalrat auch die Sanktion des Kongresses der Trade Unions zu seiner Fahnenflucht aus der Weltföderation der Gewerkschaften. Doch auch die Diskussion zu dieser Frage nahm eine für die Leiter des Generalrats höchst unangenehme Wendung, obwohl diese unter Mißachtung der elementarsten Voraussetzungen der Demokratie die Redezzeit für alle ihre Gegner stark beschränkt hatten. Es fanden sich Delegierte, die offen erklärten, der Generalrat habe kein Mandat der Arbeiter gehabt, die internationale Gewerkschaftseinheit zu spalten.

Deakins Berufung auf die „Vorherrschaft der Kommunisten“ in der Weltföderation der Gewerkschaften erfüllte nicht ihren Zweck. R. Anderson, ein Vertreter des Verbandes der Staatsangestellten, äußerte seine Empörung über das Ultimatum, das Deakin in der Weltföderation gestellt hatte,

und sagte ohne alle Umschweife: die Spaltung der Weltföderation der Gewerkschaften dient lediglich den Interessen der englischen und amerikanischen Kapitalisten und bereitet den Boden für einen dritten Weltkrieg vor. Anderson erinnerte daran, daß der Generalrat schon vor 1948 die Vernichtung der Weltföderation der Gewerkschaften im Schilde führte und versuchte, die Aufmerksamkeit der einfachen Gewerkschaftsmitglieder durch den Feldzug gegen die Kommunisten von den wahren Zielen des Generalrats abzulenken.

F. Bullock, Vertreter des Einheitsverbandes der Gießereiarbeiter, brachte einen Abänderungsantrag zur Resolution ein, in dem der Austritt der britischen Gewerkschaften aus der Weltföderation der Gewerkschaften verurteilt und die Ergreifung unverzüglicher Maßnahmen zur Rückkehr in deren Reihen beantragt wird. Bullock erklärte, er sei kein Kommunist, vertrete jedoch die Meinung, man dürfe angesichts der Tatsache, daß die USA-Imperialisten zu einem dritten Weltkrieg rüsten, keine Verletzung der internationalen Gewerkschaftseinheit zulassen. Die Weltföderation der Gewerkschaften bringe die Hoffnungen der Arbeiter der ganzen Welt zum Ausdruck, und die englische Arbeiterbewegung könne und dürfe ihr nicht fernbleiben.

Der Abänderungsantrag wurde von dem Vertreter des Einheitsverbandes der Bäcker, A. E. G. Bowden, unterstützt, der Deakins Argumente als lächerlich bezeichnete und der Überzeugung Ausdruck verlieh, die in der Rede W. W. Kusnezows in Mailand umrissenen Aufgaben der Weltföderation könnten von allen Arbeitern, einschließlich der Mitglieder der britischen Trade Unions, akzeptiert werden.

Leo McGree, ein von den Liverpooler Arbeitern gewählter Delegierter, der den Vereinigten Holzarbeiterverband vertrat, forderte die Kongreßteilnehmer auf, die Rede Deakins zu verurteilen, die internationale Gewerkschaftseinheit zu behaupten und für den Weltfrieden sowie die Befreiung der versklavten Arbeiter in den Kolonien einzutreten.

Die Appelle an die internationale Arbeitersolidarität machten, wie zu erwarten war, auf die Trade-Union-Bosse am Präsidiumstisch nicht den geringsten Eindruck. Die Bonzen erwirkten die formale Gutheißung ihrer schmählichen Handlungsweise. Den Arbeitern der ganzen Welt kann es jedoch durchaus nicht gleichgültig sein, daß sich auf dem britischen Gewerkschaftskongreß Funktionäre fanden, die die wahre Meinung der englischen Arbeiter aussprachen, indem sie für die internationale Solidarität der Arbeiterklasse eintraten. Das beweist, daß Deakin und Tewson zwar auf Befehl der Wall Street den britischen

TUC aus der Weltföderation herauszerren konnten, daß sie aber nicht imstande sind, die englischen Gewerkschaften und die englischen Arbeiter von der internationalen Gewerkschaftsbewegung zu isolieren.

**Unter der Fahne
des Antikommunismus**

Die Leiter des Generalrats bescheinigten sich ihren eigenen offenen Verrat an den Interessen der Arbeiterklasse und offenbarten in vollem Maße ihre Liebedienerei vor den Kapitalisten, als sie Angriffe auf den Kommunismus zum Brennpunkt ihrer politischen Bemühungen auf dem Kongreß machten und seine Tribüne zu wutschäumenden Ausfällen gegen den sozialistischen Sowjetstaat mißbrauchten. Deakin, Tewson und Lawther wußten auf die berechtigte Kritik und die Anträge, die tatsächlich auf den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse im Zusammenhang mit der anwachsenden Wirtschaftskrise hinzielten, mit nichts anderem zu antworten als mit böswilliger Verleumdung gegen die Sowjetunion, gegen die Länder der Volksdemokratie, gegen die Kommunisten.

Die farblose Rede Premierminister Attlees enthielt gleichfalls eine Unmenge von Ausfällen gegen die Sowjetunion und gegen die Kommunisten. Attlee verkündete auf der Kongreßtribüne die alte Neuigkeit, daß die englischen Arbeiter auf keine Lohnerhöhung rechnen dürften; er pries lange die „weise und großmütige“ Politik der USA.

Lawthers Rede entsprach mehr dem Geschmack der amerikanischen Börsenjobber als dem der Londoner Hafenarbeiter oder der Sheffielder Metallarbeiter. Lawther erging sich in wütenden Angriffen auf die Kommunistische Partei Englands und forderte zur Politik des „kalten Krieges“ gegen die Sowjetunion auf. Viele seiner Äußerungen hätten zweifellos eher auf die Schablonen des Nürnberger Rummels der dreißiger Jahre gehört, als vor ein Gewerkschaftsauditorium.

Um das Streikbrechertum des Generalrats gegenüber Millionen von Arbeitern, gestrigen und heutigen Streikteilnehmern, zu rechtfertigen, versuchte Lawther die Sache so hinzustellen, als betätigten sich die Arbeiter, wenn sie ihre berechtigten und lebenswichtigen Forderungen verteidigen, als blinde Werkzeuge irgendwelcher subversiver Elemente, die er als „kommunistische Agitatoren“ bezeichnete. Lawther verstieg sich zu der Behauptung, die Kommunisten trachteten danach, die Gewerkschaftsorganisationen zu zerstören. Es ist nicht verwunderlich, daß diese provokatorischen Ausfälle die Empörung vieler Delegierter und laute Protestrufe im Saal auslösten. McGree, ein Vertreter der Holzarbeiter,

versuchte, eine Protestrede gegen Lawther zu halten, aber ihm wurde das Wort entzogen.

Vincent Tewson, der Generalsekretär des Generalrats, erstattete einen eingehenden Bericht über die Schritte, die im Laufe des letzten Jahres gegen die fortschrittlichen Kräfte der Gewerkschaftsbewegung unternommen wurden. Zu dieser Frage wurde eine Sonderdiskussion durchgeführt und die antidemokratische Politik des Generalrats durch „Abstimmung nach Mandaten“ gebilligt. Gegen diese Politik stimmten Delegierte, die 760 000 Arbeiter vertraten. Um die Abstimmung im ganzen nach Gebühr beurteilen zu können, muß man jedoch berücksichtigen, daß der Generalrat die Stimmen einiger Gewerkschaften erhielt, die die antikommunistische Kampagne auf ihren Konferenzen energisch verurteilt hatten. So stimmte z. B. die Delegation der Vereinigten Gewerkschaft der Maschinenbauer, die das Mandat von rund 800 000 Arbeitern hatte, für den Generalrat. Dabei hatte diese Gewerkschaft auf ihrer Konferenz die Rundschreiben des Generalrats abgelehnt, in denen die Entfernung der Kommunisten von durch Wahl besetzten Posten gefordert wurde. Ein Delegierter der Maschinenbauer, Fred Elms, sprach darüber auf dem Kongreß. Elms war empört, daß der Generalrat die englischen Arbeiter auf Weisung des USA-Kapitals und der Reaktionäre aus den amerikanischen Gewerkschaften zwingt, die Einheit ihrer Gewerkschaften zu untergraben. Seine Rede zeugt davon, daß die englischen Arbeiter den wahren Sinn der antikommunistischen Politik des Generalrats verstehen.

Die ungeheuerliche Erklärung Tewsons, daß „im Endergebnis keinerlei Unterschied zwischen Kommunisten und Faschisten besteht“, mußte die Delegierten unvermeidlich zu der Ansicht kommen lassen, daß es in Wirklichkeit der Unterschied zwischen Tewson und seinen faschistischen Waffenbrüdern im Kampf gegen den Kommunismus ist, der sich verwischt. Der Delegierte Cannon erklärte auf dem Kongreß, zwischen Churchills Politik und derjenigen, die der Generalrat dem Kongreß zur Billigung unterbreitet, bestehe nicht der geringste Unterschied; mit Recht wies er darauf hin, daß der Kongreß, anstatt Anwürfe gegen die Kommunisten zu erheben, eine sozialistische Methode zur Lösung der vor England stehenden Probleme finden sollte. J. G. Grahl, Vertreter des Verbands der Feuerwehrmänner, brachte zweifellos die Meinung der einfachen Werktätigen zum Ausdruck, als er sich darüber empörte, daß der Generalrat die Gewerkschaften zwingt, eine Hetze gegen die Kommunisten zu betreiben, und feststellte, daß die Kommunisten in demokratischer Weise auf Gewerkschaftsposten gewählt

werden und das gleiche Recht auf Meinungsäußerung wie alle übrigen haben.

Die Bedeutung solcher Reden auf der Kongreßtribüne ist nicht zu unterschätzen, wenn man die Atmosphäre der Einschüchterung und des Terrors berücksichtigt, die die Spitzenschicht der Gewerkschaften geschaffen hat. „Loyalitätsprüfung“ und Kennzeichnung als „Roter“ ist in England gleichbedeutend damit, daß der Arbeiter oder Angestellte, der sich zu einem eigenen Urteil über den Marshallplan oder über die Politik der labouristischen Ladenschwengel der City und der Wall Street erkühnt, auf die Schwarze Liste kommt.

Um so kennzeichnender ist die Unterstützung, die der vom Verband der staatlichen Büroangestellten eingebrachte Entwurf erhielt, in dem gefordert wird, die Regierung möge die politische Säuberung im Staatsapparat einstellen. Die Verteidiger dieser Resolution protestierten gegen die Diskriminierung der Kommunisten und der anderen fortschrittlichen Kräfte. Nur mit größter Mühe konnte das Präsidium die Delegierten zwingen, diese Resolution als abgelehnt zu betrachten. Es gelang ihm jedoch nicht, die Annahme einer Resolution zu verhindern, in der die Gewerkschaften aufgefordert werden, sich gegen Entlassungen von Arbeitern und Angestellten der Privatindustrie und des Handels wegen ihrer politischen Überzeugungen zur Wehr zu setzen.

Die Unzufriedenheit der einfachen Delegierten mit den terroristischen Leitungsmethoden auf dem Kongreß äußerte sich zuweilen in stürmischen Formen. Ein Skandal entstand bei der Debatte zu einem Resolutionsentwurf, in dem an der Regierung Kritik geübt wird wegen des Versuchs, die politischen Freiheiten der staatlichen Büroangestellten zu beschränken. Die Resolution wurde von dem labouristischen Parlamentsmitglied Douglas Houghton, dem Delegierten der Föderation der Steuereinnehmer, eingebracht. Deakin versuchte im Namen des Generalrats durch verschiedene Manöver zu erreichen, daß der Kongreß die Resolution dem Generalrat „zur Behandlung“ übergebe, d. h. sie begrabe. Ganz richtig wurde ihm erwidert, der Generalrat habe die Möglichkeit gehabt, sich rechtzeitig mit dieser Frage zu befassen. Für die Resolution stimmte die erdrückende Mehrheit der Delegierten — gegen sie erhoben sich nur ein paar Hände. Als Deakin sah, daß es um seine Sache schlecht stand, verlangte er Abstimmung nach Mandaten. Im Saal brandete ein regelrechter Sturm auf. Man ließ den Präsidenten Lawther nicht zu Worte kommen. Der Skandal war so groß, daß Deakin seinen Antrag zurückziehen mußte und die Resolution unter dem Beifall des ganzen Saals angenommen wurde.

Der Krieg gegen die Massen

Ein Kongreßdelegierter gab den Leitern des Generalrats die treffende Antwort, das Schicksal der englischen Arbeiter werde in Washington nicht von Kommunisten, sondern von Finanzleuten entschieden. Der Saal begrüßte diese Bemerkung mit Beifall.

Ein Beifallssturm erhob sich auch im Saale, als der Delegierte White, der sich gegen die Politik des Generalrats zur Frage des Kampfes der Arbeiter für ihre wirtschaftlichen Forderungen aussprach, am Schluß seiner Rede offen erklärte:

„Millionen Stimmen werden gegen uns abgegeben werden. Doch das wird nur erhärten, wie... entwertet die Abstimmungswaluta auf diesem Kongreß ist...“

Diese Episoden zeigen ebenso wie der ganze Verlauf des Kongresses, daß es den Leitern des TUC nicht gelungen ist, die einfachen Gewerkschaftsfunktionäre zu zwingen, über das zu schweigen, was den Arbeitern am meisten zu Herzen geht.

Die Lakaien des Kapitals aus den Trade Unions versuchen im gleichen Ton wie die offizielle Labourpropaganda, die ganze Welt, darunter auch die Engländer selbst, davon zu überzeugen, daß es dem englischen Arbeiter „gut geht“. Die wirtschaftliche Lage der werktätigen Massen in ihrer Gesamtheit ist dem Arbeiter, der noch seine Stellung hat und, um sie nur nicht zu verlieren, bereit ist, Entbehrungen zu ertragen, nicht immer klar. Die Gewerkschaftsorganisationen und ihre Leiter sind aber die Vorhut der Arbeiterklasse. Sie sind verpflichtet, ein weiteres Blickfeld zu haben und mehr zu verstehen als der schlichte Arbeitsmann, für den eine Lohnsenkung, eine Fleisch- oder Milchpreiserhöhung oder die Entlassung ein Blitz aus heiterem Himmel ist. Die fortschrittliche und demokratische Rolle der Gewerkschaften besteht ja gerade darin, die Absichten der Feinde der Arbeiterklasse zu durchschauen und dementsprechend für die Interessen der Werktätigen einzutreten. Das ist naturgemäß unmöglich, wenn die Gewerkschaftsführer auf die Seite der Bourgeoisie übergehen und zu Agenten der Bourgeoisie in der Arbeiterbewegung, zu „Arbeiterleutnants der Kapitalistenklasse“ werden. Dann sind sie nicht nur weit davon entfernt, die Pläne der Bourgeoisie rechtzeitig zu enthüllen, zur Abwehr gegen sie zu rüsten und den Schutz der Interessen der Arbeiterklasse zu organisieren, sondern dann verraten sie diese Interessen und betrügen die Arbeiter, indem sie ihr Klassenbewußtsein einschläfern. Sie streuen den Samen der Zwietracht im Proletariat und befehlen die wirklichen Kämpfer für die Sache der Arbeiterklasse. Gerade darin besteht die Verräterrolle der Spartenclique der britischen Trade Unions.

Wie sehr sich die Kluft zwischen ihr und den Massen vertieft hat, zeigt folgende beredte Tatsache. Auf dem 81. Kongreß wurde weder in der Tagesordnung noch in den angenommenen Resolutionen die brennendste Frage der Gegenwart, nämlich der Schutz des Friedens, eine Frage, die gleichfalls die englische Arbeiterklasse zutiefst beunruhigt, auch nur erwähnt. Die englischen Arbeiter sind gezwungen, diese Aufgabe unabhängig von den Leitern des Generalrats, über deren Kopf hinweg, trotz deren Widerstand zu erfüllen.

Über den Kopf der verräterischen Spaltenclique aus dem Generalrat hinweg und ihrem Widerstand zum Trotz führen die englischen Arbeiter auch den Kampf für ihre dringlichsten wirtschaftlichen Nöte und Interessen. Mag die Zahl der „Stimmen“, die Lawther und Deakin unter die Streikverbotsresolution setzen können, auch noch so imposant sein, es wird ihnen doch nicht gelingen, der stets weiter um sich greifenden Bewegung der Arbeiter zur Verteidigung ihres Lebensstandards Halt zu gebieten. Gleichsam als Antwort auf den offiziellen Kongreßbeschuß, Lohnforderungen für „ungesetzlich“ zu erklären, hat eine Reihe von Gewerkschaften unmittelbar darauf Forderungen solcher Art erhoben. Es ist viel leichter, einem Kongreß Beschlüsse aufzuzwingen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen, als die Arbeiterklasse zu zwingen, auf diese ihre Interessen Verzicht zu leisten.

* * *

Die Führer des Generalrats und der amtliche Propagandaapparat der Labourregierung beeilten

sich, den Bridlingtoner Kongreß für ihren großen „Sieg“ zu erklären. Die BBC und der „Daily Herald“ krähten von einer „Niederlage der Kommunisten“.

Aber die Ladenschwengel des internationalen Kapitals aus den Trade Unions führten auf dem Kongreß unter der Flagge des „Kriegs gegen die Kommunisten“ einen offenen und geheimen, getarnten und unverhohlenen Kampf gegen die nach Behauptung ihrer elementaren Interessen strebende englische Arbeiterklasse. Sie kämpften gegen die einfachen Gewerkschaftsfunktionäre, die die Hoffnungen der Massen zum Ausdruck bringen wollen.

Objektiv haben die Führer des Generalrats in diesem Krieg eine Niederlage erlitten. Sie haben sich als Bankrotteure erwiesen. Ihre Bemühungen waren ausschließlich darauf gerichtet, die Billigung der labouristischen Politik zu erzwingen und es nicht zulassen, daß an dieser Kritik geübt werde. Das erste ist ihnen gelungen, das zweite nicht. Ein Redner sagte auf der Kongreßtribüne:

„Obwohl wir keine Anhänger des Kommunismus sind, werden wir es nicht zulassen, daß Deakin, Tewson, Kupers oder irgendwelche andere Kommunistenhasser uns täuschen...“

Es heißt: wer Ohren hat zu hören, der höre.

Die Kommunistenhasser entlarven sich immer mehr als Feinde und Betrüger der englischen Arbeiterklasse. In diesem Sinne war der Kongreß in Bridlington kein Sieg, sondern eine Niederlage der verräterischen Spaltenclique des Generalrats.

Tom Clarks Verblendung

L. ROWINSKI

Die ERSCHENUNGSFORMEN des Größenwahns sind vielartig: der eine hält sich für Napoleon, der andere für den Bei von Algier, der dritte für Mohammed oder den Papst. Bei Tom C. Clark, dem ehemaligen Generalstaatsanwalt der Vereinigten Staaten, hat der Größenwahn eine besondere Form, zudem keine einfache, sondern eine in zweiter Potenz.

Erstens hat er auf einer Pressekonferenz in Washington am 1. Juni 1949 höchstpersönlich unterstrichen: „Ich bin der größte Dummkopf in den Vereinigten Staaten“ (I am the stupidest man in the United States). Die offizielle Antwort auf eine so kühne Erklärung ist unverzüglich gefolgt: mit Zustimmung des Senats hat der Präsident der USA Clark zum Mitglied des Obersten Gerichtshofs ernannt.

Die zweite, hauptsächliche, krankhafte Wunschvorstellung Clarks steht mit der ersten in engem Zusammenhang, ist aber beträchtlich weiter entfernt von der Verwirklichung. Tom Clark hat sich für jenen Auserwählten der Vorsehung erklärt, dem es gelungen sei, Amerika restlos vom Kommunismus zu erlösen — für nun und fürder und alle Ewigkeit. Davon hat Clark der Welt schon nicht mündlich, sondern in gedruckter Form Mitteilung gemacht, indem er einen entsprechenden Artikel in der Zeitschrift „Look“ veröffentlichte.

Der Artikel „Weshalb die Roten uns nicht einschüchtern können“ ist von Clark gerade bei seinem Übertritt vom Justizministerium zum Obersten Gerichtshof geschrieben worden. Mit der Gründlichkeit eines Besessenen zählt der Autor seine sämtlichen Verdienste (record of real

accomplishment) um die Austilgung des Kommunismus in Amerika auf. Und solcher Verdienste ergab sich eine ganze Menge. „Wie sehen die Ergebnisse bis heute aus?“ fragt Clark sich selbst. Und er antwortet:

„Der Kommunismus verläßt unser Land ohne Rückfahrkarte.“

In Erasmus von Rotterdams „Lob der Torheit“ erklärt die Helden auf volkstümliche Art, weshalb sie sich selbst lobt: „Denn was ist passender für die Torheit, als ihr Verdienst überall selbst auszuposaunen und stets selbst ihr Lob ertönen zu lassen? Wer vermag ein getreueres Bild von mir zu entwerfen als ich?“ Getreu dieser durch Jahrhunderte geheiligten Regel lobt Clark sich selbst: ihm wäre angeblich gelungen, was noch keinem gelungen war — den Kommunismus unwiederbringlich aus Amerika auszutreiben, und zwar dank einer genialen Erleuchtung und dank dem Schwung umfassender Aktionen. Unter seiner Führung hätten die braven Burschen Edgar Hoovers vom Föderalen Untersuchungsbüro sorgfältig das Vorhandensein des kommunistischen Bazzillus „bei 2 541 717 Amtspersonen und gewöhnlichen Angestellten“ der amerikanischen Regierungsbehörden festgestellt. Während der vier Jahre Amtstätigkeit Clarks auf dem Posten des Generalstaatsanwalts wurden den amerikanischen Bürgern ungefähr 15 Millionen Fingerabdrücke abgenommen, das heißt — wie im Rechenschaftsbericht des Ministeriums gesagt wird — um vieles mehr als je zuvor in der Geschichte Amerikas; 9394 Regierungsbeamte und viele Tausende von Gewerkschaftsfunktionären und anderen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden einer Untersuchung unter dem Hooverschen Ultramikroskop ausgesetzt.

Des weiteren vollzieht sich die Ausmerzung des Kommunismus, nach Clark, mit erschütternder Einfachheit und Promptheit: nicht nur die Mitglieder und Anhänger der Kommunistischen Partei, sondern auch viele (nach dem gewählten Ausdruck des Ministers) „vermutliche Kommunisten“ (alleged Communists) sind vor Gericht gestellt und von den Dienern der amerikanischen Themis in verschiedenen Staaten verurteilt, ins Gefängnis gesteckt und ausgewiesen worden, oder sie werden ausgewiesen werden, und zwar „mit all der Geschwindigkeit“, die zu erzielen denkbar wäre.

Nicht ohne den Unterton eines gewissen Stolzes schreibt Clark, daß seine Tätigkeit das Land nicht wenig koste:

„Die genaue Summe zu errechnen ist unmöglich. Aber der Prozeß gegen die Führer der Kommunistischen Partei wird auf rund eine Million Dollar zu stehen kommen.“

Eine Million Dollar nur für den Prozeß, nicht mit gerechnet die Bezahlung der fixangestellten Provokateure und andere unsichtbare Auslagen! Wieviel Millionen Dollar aber verschlingt diese ganze ungeheuerliche Mechanik des Kampfes gegen das amerikanische Volk, gegen seine am meisten vorgeschrittenen, seine fortschrittlichen Köpfe! Freilich ungleich größer als diese materiellen Verluste sind andere Einbußen der ehrlichen Amerikaner, die auf die Tätigkeit der Clarks zurückgehen: der Verlust aller Reste demokratischer Freiheiten, die Verwandlung aus Bürgern des eigenen Landes in Untertanen eines Militär- und Polizeistaates.

Geweiht vom Segen nicht nur der amerikanischen Göttin der Gerechtigkeit, sondern auch der Göttin der Dummheit, macht Clark kein besonderes Hehl daraus, daß der gegenwärtige Veitstanz der Verfolgung jedes beliebigen fortschrittlich gesinnten Menschen unter der Flagge des Antikommunismus künstlich aufgeputscht wird, und daß sie im scharfen Widerspruch zu den Verfassungsgesetzen der Vereinigten Staaten steht, die ein Justizminister, so sollte man meinen, von Amts wegen zu schützen hätte. Er gibt zu, daß die Justiz und die Polizei den Kommunisten nachstellt, sie „subversiver Tätigkeit“ bezichtigt, ins Gefängnis wirft und des Landes verweist — und all dies willkürlich:

„Die Verletzung der Paßordnung“, schreibt er, „ist häufig der einzige Anklagepunkt, dessen Rechtmäßigkeit man beweisen kann.“

Clark gibt auch zu, daß die Anschuldigungen gegen Kommunisten von Polizeiprovokateuren fabriziert werden, und zwar zuweilen dermaßen plump, daß die Verteidiger der Angeklagten die Fälschung entlarven und „unser System der Rechtspflege diskreditieren“ können. Diese Bekennnisse werden aber keineswegs zu dem Zweck abgelegt, um die Gerichte vor weiteren Fälschungen und Unterschiebungen zu warnen. Im Gegenteil. Clark fordert, daß man die Strafverfolgung nicht auf die Kommunisten beschränke, sondern auch auf die Rechtsanwälte ausdehne, die sich entschließen, Kommunisten vor Gericht ehrlich zu verteidigen; er verlangt, man solle sie „peinlich prüfen“ und ihnen das Recht auf die Ausübung der Anwaltspraxis entziehen. Er äußert seinen Stolz auf Richter vom Schlage des New Yorkers Medina, dessen juridische Argumente gegen die Führer der Kommunistischen Partei bekanntlich stählerne Handschellen und Gefängniszellen sind. Clark ist begeistert von Richtern, die erfinderisch sind in der gaunerhaften Verdrehung und Umgehung von Gesetzen, wo es sich darum handelt, Gefängnisurteile gegen fortschritt-

liche Funktionäre durch notorisch lügenhafte „Begründungen“ zu unterbauen.

Übrigens hat der Begeisterungszoll, den Clark solchen Richtern spendet, in seinem Munde auch einen gewissen berufskollegialen Charakter. Denn Tom Clark ist nicht nur groß in seiner Narrheit, sondern auch als Gauner bemerkenswert. Über sein Komplimentum bei gewissen betrügerischen Wahlmachenschaften im Staate Kansas, die durch einen der Unterausschüsse des Senats untersucht worden sind, hat die „New York Times“ schon im März 1948 berichtet. Diese unangenehme Affäre haben die ehrenwerten Senatoren damals zu vertuschen gewußt, wie Clark seinerseits — als der oberste Hüter des amerikanischen Gesetzes — Dutzende Gauneraffären, wobei die Häuplinge der amerikanischen und internationalen Monopole verwickelt waren, vertuscht hat, da diese Monopole mit Pauley, Lovett, Forrestal, Dрапер verbunden waren... Sich mit hochgestellten Gaunern abzugeben, dafür findet der Justizminister keine Zeit; denn nach seinem eignen Zeugnis haben „tausende arbeitsame Beamten des Justizministeriums Tag und Nacht angestrengte Arbeit“, indem sie antikommunistische Fälschungen fabrizieren, die Erfahrung der Gestapo übernehmen, endlose „schwarze Listen subversiver Organisationen“ zusammenstellen, Handfesseln bereitstellen und Fingerabdrücke von Millionen ehrlicher Amerikaner nehmen.

Tom Clark ist durchaus zufrieden mit den Früchten seiner ungestümen Tätigkeit. Er hat wiederholt den Kollegen von der „Hexenjagd“, den Mitgliedern der berüchtigten Kommission zur Untersuchung unamerikanischer Tätigkeit, seine Solidarität ausgedrückt. Er ist entzückt darüber,

dass seine Gesinnungsgegenossen und Anhänger in den Gewerkschaften, die Green, Woll, Carey und Murray „sich der in den Reihen der Gewerkschaften stehenden kommunistischen Mitglieder entledigen“, daß auf Geheiß der profaschistischen Justiz „Gesellschaften und Assoziationen ... der kommunistischen Front eine nach der andern geschlossen werden“. In alledem erblickt Clark seinen erhabenen Triumph eines Würgengels gegen den Kommunismus in Amerika.

Die Geschichte der letzten hundert Jahre kannte viele Vorgänger Clarks, die so wie er auf die Rolle von Totengräbern des Kommunismus Anspruch erhoben. Diese undankbare Sendung haben viele Minister und Gendarmen, geistliche und weltliche Ideologen und Prediger des Kapitalismus auf sich genommen. Zu wiederholten Malen haben sie mehr oder minder feierlich der Welt verkündet, es sei ihnen endlich gelungen, den Kommunismus umzubringen, ja sogar zu begraben. Aber all diesen Beteuerungen zum Trotz lebt der Kommunismus weiter, ist die Zahl derer, die ihm folgen, auch in Amerika, in beständigem Wachstum begriffen, und ihm gehört die Zukunft.

Die kommunistische Bewegung der Massen kann man unmöglich umbringen, ihr Wachstum ist nicht aufzuhalten, denn diese Bewegung entspricht den lebenswichtigen Interessen der überwiegenden Mehrheit des Menschengeschlechts. Das zu begreifen, aber auch es abzuändern, sind sie nicht imstande: weder die neueste Gestapo Edgar Hoovers, noch der Reigen zeitgenössischer „Hexenjäger“ zu Washington, und natürlich schon gar nicht der Autor jenes Artikels in der Zeitschrift „Look“, der auf den Titel des größten Dummkopfs von Amerika Anspruch erhebt.

Englisch-amerikanische Atomzwistigkeiten

(Eine Auslandspresseschau)

M. RUBINSTEIN

Die englisch-amerikanischen Gegensätze sind in letzter Zeit an allen Abschnitten der kapitalistischen Wirtschaft und der imperialistischen Politik mit neuer Stärke aufgeflammt. Wie tief diese Gegensätze sind, zeigt die Tatsache, daß sie selbst auf einem so verborgenen Gebiet wie die Atomdiplomatie und die Atomerpressung an die Oberfläche kommen.

Die Geschichte der eigenartigen Atombeziehungen der USA und Englands ist kurz folgende. Zu Anfang des zweiten Weltkriegs waren England wie auch andere Länder Europas den USA in der

wissenschaftlichen Atomenergieforschung weit voraus. Aber die USA nötigten England unter Ausnutzung der Kriegslage nicht nur, ihnen alle Resultate seiner wissenschaftlichen Forschungen restlos auszuliefern, sondern auch die englischen Wissenschaftler, die auf diesem Gebiet arbeiteten, faktisch zwangsweise in die USA umzusiedeln. In dem auf offiziell englischen Material fußenden Buch „Wissenschaft führt Krieg“ stellen die Verfasser J. G. Crowther und R. Whiddington fest, daß nach Abreise einer großen Gruppe englischer Gelehrter im Jahre 1943 in die USA

„die Forschungen auf dem Gebiete der Kernphysik in Großbritannien faktisch aufhörten, ... der Versuchsbetrieb faktisch geschlossen wurde, ... die Physiker waren verstreut und die Ingenieure fast ausschließlich mit anderer Arbeit beschäftigt.“

Wie bekannt, benutzten die USA-Monopolherren die wissenschaftlichen Errungenschaften anderer Länder auf dem Gebiet der Kernphysik, die sie sich angeeignet hatten, zur Schaffung der Atombombe, einer barbarischen Kriegswaffe, die ausschließlich für Aggressions- und Erpressungszwecke bestimmt ist.

Schon während des Krieges bereiteten die amerikanischen Imperialisten insgeheim materielle und politische Positionen zur Verwirklichung ihrer wahnwitzigen Weltherrschaftspläne vor. In die ungeteilte Verfügungsgewalt der USA-Monopole gelangten sowohl die Uranerzvorkommen Nordkanadas als auch die gesamte Uranerzausfuhr Belgisch-Kongos. Die Wall Street packte so fest zu, daß die belgischen Gelehrten trotz aller Bemühungen auch nicht ein Gramm Uran für ihre Forschungsarbeiten bekommen konnten.

Während die USA-Imperialisten die wissenschaftlichen Kräfte Englands ausnutzen und sich ihrer Mitwirkung zur Erlangung von Atomrohstoff bedienten, weigerten sie sich zugleich kategorisch, England in die technologischen „Geheimnisse“ der Atombombenherstellung einzuhüften. Don Iddon, Beobachter der englischen Zeitung „Daily Mail“, schreibt aus New York, England habe die USA wiederholt gebeten, es der entsprechenden Informationen teilhaftig werden zu lassen. Die amerikanischen Behörden aber hätten sich geweigert, und England habe sich mit selbständigen Forschungen befassen müssen. Kurz und gut, wie ein russisches Sprichwort sagt: „Freundschaft hin, Freundschaft her, meinen Tabak behalt' ich für mich.“

Die Freundschaft der Imperialisten lief sehr bald darauf hinaus, daß die Labourregierung unmittelbar den Interessen der USA-Monopole unterworfen wurde. In der UNO (in der Atomkommission, im Sicherheitsrat und auf den Tagungen der Vollversammlung) unterstützten die englischen Vertreter rückhaltslos die amerikanische Atomdiplomatie, die auf Ablehnung der Sowjetanträge bezüglich des Verbots der Atomwaffe und einer wirksamen internationalen Kontrolle über die Verwendung der Atomenergie ausschließlich zu friedlichen Zwecken abzielte.

Die englischen Imperialisten schwammen gehorsam im Fahrwasser der USA-Politik. Sie wagten nicht einmal zu mucken, als die transatlantischen Atombosse sie unverblümt beiseite schoben und verlangten, sie sollten ihre Nase nicht in Angelegenheiten stecken, die sie nichts angingen.

Die amerikanischen Kriegsbrandstifter erklärten offen, sie sähen England nicht nur als ihren Flugzeugträger, sondern auch als Versuchsfeld für den von ihnen vorbereiteten Atomkrieg an.

Der bekannte englische Physiker Professor P. M. S. Blackett schrieb in seinem Buch „Militärische und politische Konsequenzen der Atomenergie“, daß die amerikanischen Imperialisten England wie auch anderen westeuropäischen Ländern die Rolle von „Schachbauern“ einräumen, die den König — Amerika — schützen und Bombenschläge auffangen.

Wie weit die Labourpolitiker in ihrer Katzbückelei und in ihrer Hintansetzung der nationalen Interessen gegangen sind, zeigt folgende Tatsache. Im vorigen Jahr verlangten die USA-Imperialisten frech, daß kommunistische und mit ihnen sympathisierende Wissenschaftler, d. h. einfach alle irgendwie fortschrittlich denkenden Gelehrten aus den englischen wissenschaftlichen Organisationen, die irgendwie mit der Erforschung von Atomenergie verbunden sind, entfernt werden sollen. Dieser Anranzer reichte aus, um die Labourregierung in England sofort zur Einführung der Schwarzhundertermethode der „Loyalitätsprüfung“ für Wissenschaftler zu veranlassen, was in der englischen Öffentlichkeit stürmischen Protest auslöste.

Das Ende der Atomidylle in der Welt der imperialistischen Raubtiere wurde durch die heraufziehende Gefahr einer neuen Wirtschaftskrise beschleunigt. Unter den Verhältnissen des modernen Kapitalismus gebiert das Monopol stets Konkurrenz, die in Zeiten von Krisen und der mit ihnen zusammenhängenden verschärften Ungleichmäßigkeit der Entwicklung besonders an Stärke zunimmt.

Am 14. Juli d. J. berief Truman eine Geheimberatung mit hochgestellten Amtspersonen ein. Zur Debatte stand das englische Ersuchen um Informationen, die England die Möglichkeit gegeben hätten, Atombomben herzustellen. Der gleichen Frage galt eine Geheimsitzung der Vereinigten Atomenergielokomission des USA-Kongresses.

Senator McMahon, der Vorsitzende dieser Kommission, erklärte, es sei keinerlei Beschuß gefaßt worden. Nach Pressemeldungen zu urteilen, ist aber die Mehrheit der Ausschußmitglieder dagegen aufgetreten, daß England irgendwelche Geheiminformationen im Zusammenhang mit der Atombombe gegeben werden.

Mit Bezug auf diese Frage schreibt der Beobachter Childs von der „New York Post“:

„Das enge Kriegszeitbündnis zwischen Großbritannien und den USA verwandelt sich rasch in ein Verhältnis, bei dem die Partner miteinander streiten und einander beargwöhnen, und droht, sich zu etwas auszuwachsen, das einem kalten Krieg sehr ähnlich ist.“

In einem „Atom und Pakt“ betitelten redaktionellen Artikel gibt die englische Wochenschrift „Economist“ eine interessante Bewertung der englisch-amerikanischen Gegensätze auf dem Gebiet des Atomproblems. Dem „Economist“ zu folge hat England eine neue Frage aufgeworfen:

„... Es scheint beschlossen worden zu sein, daß England, mit Hinblick auf den Zusammenbruch der internationalen Kontrolle und den Mangel an Vorschlägen für die Ersetzung derselben, genötigt sein wird, seine eigenen Atomwaffen zu erzeugen. Die Engländer haben sich deshalb inoffiziell an die Amerikaner gewendet, sie um weitgehendere Zulassung zu den Uranvorkommen im Kongo ersucht und vorgeschlagen, ihnen die letzten Geheimnisse der amerikanischen Atombombenerzeugung zur Verfügung zu stellen.“

Der „Economist“ stellt fest, daß die amerikanischen Atombosse dieses „Gesuch“ ohne jede Begeisterung entgegengenommen haben, obwohl es von Gerede über „die Neubelebung der Gegenseitigkeit der Kriegsjahre“ begleitet war.

„... Die Amerikaner sind über die Schaffung von Zentren für die Herstellung von Atombomben an der Westküste“ (Englands) „gar nicht begeistert und noch weniger darauf erpicht, ihre Atomgeheimnisse mit jemandem zu teilen...“

Nach Meinung des „Economist“ sei die Lage für beide Partner äußerst unbefriedigend, da die Herstellung von Atombomben in England und anderen Ländern Westeuropas

„... sie in Unkosten stürzen würde, die weit über die Möglichkeiten ihrer von Krise behafteten Wirtschaft gehen...“

Deshalb

„... spricht alles dafür, daß die Vereinigten Staaten alleiniger Produzent und Lieferant von Atombomben an Großbritannien, das Commonwealth und Westeuropa bleiben müssen...“

Als Ausweg aus dieser Sackgasse schlägt der „Economist“ vor, „zum Baruchplan zurückzukehren“, das heißt zu einem Plan, der die Schaffung eines unter der Herrschaft amerikanischer Monopole stehenden Atomsupertrusts vorsieht. Da sich die amerikanischen Atompolitiker bekanntlich niemals vom Baruchplan losgesagt und ihn bloß immer wieder frisch angestrichen haben, besteht nach den eigenen Worten der Zeitschrift der Sinn des vom „Economist“ eingebrachten Vorschlags darin, endgültig von den vergeblichen Versuchen Abstand zu nehmen, die Sowjetunion zu zwingen, diesen Plan der amerikanischen Monopole zu sanktionieren und „ihm den Bedürfnissen der Westmächte, die als einheitliche, aus vielen Nationen bestehende Gruppe handeln sollen, anzupassen“. Zu diesem Zweck, gibt der „Economist“ zu, muß man die nationale Souveränität entschlossen einschränken. So kommt der „Economist“ zum Schluß, daß im Zusammenhang mit

den Meinungsverschiedenheiten in der Atomfrage „der Nordatlantische Vertrag zum erstenmal wirklich auf die Probe gestellt wird.“

Also sieht sich der „Economist“, trotz seiner offensuren Katzbuckelei vor den amerikanischen Imperialisten, genötigt, die anwachsende Krise des eben erst zusammengezimmerten militärischen atlantischen Blocks, die sich immer mehr zusätzlichen Gegensätze und Zankereien in den Reihen seiner Teilnehmer, festzustellen.

Wie die amerikanische Presse mitteilt, hätten hochgestellte amerikanische Persönlichkeiten als Antwort auf die Bitten der englischen Regierung um Zulassung zu den Atomgeheimnissen vorgeschlagen, statt dessen Atombomben in England zu „stationieren“, mit der Bedingung, daß sie sich dort unter ausschließlicher amerikanischer Kontrolle befinden würden. Dies wäre gleichbedeutend mit der Umwandlung Englands in einen Atomstützpunkt des amerikanischen Imperialismus.

Der Korrespondent der New Yorker „Daily News“ meldete kürzlich aus Washington, England habe die Versuche, die neuesten Geheimnisse über die Atombombe zu erlangen, wiederaufgenommen und werde den USA vor, diese hätten die Vereinbarungen über den Informationsaustausch dem Buchstaben und dem Geiste nach verletzt. Die englische Regierung beruft sich darauf, daß die Arbeit britischer Gelehrter die Schaffung der ersten Atombombe beschleunigt habe, und daß das heutige Verhalten der USA zum Nachdenken darüber veranlasse, ob England nicht lieber die Durchführung seines eigenen Programms auf dem Gebiet der Atomenergie beginnen sollte.

„Daily News“ betont, ein ernstes Hindernis für einen solchen Schritt Englands sei die Frage des Uranerzes aus Belgisch-Kongo, das die Belgier gegen Dollars verkaufen. Aber Belgien hängt wirtschaftlich in hohem Maße von England ab, deshalb kann dieses verlangen, daß das Uranerz auf irgendeine Weise zwischen England und den USA geteilt werde. Wie die Presse mitteilt, besitzen englische Firmen einen Teil der Urangruben von Belgisch-Kongo, und jetzt, wo die Frist des noch während des Krieges abgeschlossenen Abkommens über die Verteilung des geförderten Erzes abläuft, wollen sie „ihren Anteil“ haben.

Das französische Blatt „Libération“ schreibt seinerseits über Ansprüche Frankreichs auf einen Teil des Uranerzes von Belgisch-Kongo. Das Blatt schreibt, auf „Atom“konferenzen in Washington sei anscheinend die Frage eines zweiten englisch-belgisch-amerikanischen Geheimabkommens behandelt worden, das eine Neuauflistung der Uranvorkommen vorsehe. Den Worten der „Libération“ gemäß wird dieses Abkommen — wenn es den imperialistischen Räubern gelingt, sich über die Bedingungen zu einigen —

wahrscheinlich in der Zeitspanne zwischen den Tagungen des USA-Kongresses abgeschlossen werden, um unerwünschten Fragen hierüber aus dem Wege zu gehen. Man muß im Auge behalten, daß das vor fünf Jahren abgeschlossene erste Abkommen, das den USA faktisch das Monopol auf das Uranerz aus Belgisch-Kongo einräumte, bisher strengstens geheimgehalten wird. Es war für die amerikanischen Atombosse von großer Bedeutung, da das Erz aus Belgisch-Kongo ein Mehrfaches des Urans enthält, das die USA aus den eigenen Vorkommen und aus den Gruben Nordkanadas erhalten.

Kennzeichnend ist, daß gegenwärtig auf der Pariser Börse die Aktien der Gesellschaft Union Minière de Haut-Katanga, der der größte Teil der Erzgruben im Kongo gehört, bedeutend gestiegen sind. Der Preis einer Aktie stieg von 70 000 auf 100 000 Frank, und die Nachfrage nimmt weiter zu. Anscheinend werden diese Aktien von ausländischen Finanzgruppen aufgekauft, die Strohmänner vorschieben. Die französische Presse gibt der Befürchtung Ausdruck, daß sich das größte Aktienpaket in den Händen amerikanischer oder englischer Monopole befinden werde.

Auch die kleineren Räuber, die belgischen, suchen die entstandene Lage auszunutzen.

Wie der Korrespondent der „United Press“ aus Brüssel meldet, haben Kreise, welche der die Erzgruben in Belgisch-Kongo auswertenden Gesellschaft nahestehen, erklärt, die Gültigkeitsdauer des Kontrakts für ausschließliche Lieferung des geförderten Erzes an die USA sei am 1. August abgelaufen, und die Lieferungen würden bis zum Abschluß eines neuen Abkommens stark eingeschränkt werden. Die Firma spielte darauf an, daß England bei der Revision der Kontraktbedingungen eine bedeutende Rolle spielen könne, da 49 Prozent der Aktieninhaber Engländer seien.

Noch bestimmter äußert sich die englische „Daily Telegraph and Morning Post“ über diese Angelegenheit. Dort heißt es:

„Großbritanniens eigenes Programm zur Entwicklung der Atomenergie hat jetzt einen Punkt erreicht, wo England entweder größere Zusammenarbeit mit den Amerikanern oder Uranerz aus Belgisch-Kongo braucht, das die Haupturquelle für Amerika bildet.“

Der Washingtoner Korrespondent dieser Zeitung ist der Ansicht, daß der USA-Kongreß dazu neige, den ohnehin schon auf ein Minimum beschränkten Informationsaustausch mit England über Atomenergiefragen noch weiter einzuschränken, und schreibt, in den USA verhielten sich offizielle Persönlichkeiten argwöhnisch zu Englands militärischen Verbindungen mit Frankreich.

Andererseits wies die „Times“ in einer Meldung aus Washington darauf hin, daß, „falls die USA den Kreis der Zusammenarbeit nicht ausdehnen wollten, die Uranerzlieferungen aus Belgisch-Kongo an die USA gefährdet sein könnten“. Nach Ansicht des Blattes ist es an der Zeit, die Auffassung von der militärischen „Zusammenarbeit“, wie sie die Führer des Kriegsdepartements der USA haben, entschieden zu revidieren.

Dies sind die neuesten Erscheinungen in dem „Freundschaftsverhältnis“ der imperialistischen Partner des aggressiven nordatlantischen Blocks.

Zu berücksichtigen ist natürlich, daß in allen diesen Meldungen der bürgerlichen Presse Amerikas und Englands kein geringer Teil gegenseitiger Erpressung enthalten ist. Der englische Imperialismus sucht den Streit um die Atomenergie als Mittel auszunutzen, irgendwelche wirtschaftlichen und finanziellen Zugeständnisse von den USA zu erlangen. Andererseits sind die amerikanischen Pressemeldungen darauf berechnet, die aggressive Außenpolitik der regierenden Kreise zu rechtfertigen, die Kriegshysterie und das weitere Anwachsen der Rüstungsausgaben zu unterstützen.

Aber selbst wenn man von Elementen der Erpressung absieht, die in der über den Atlantik hinweg geführten Zeitungsbalgerei vorhanden sind, so kann man dennoch konstatieren, daß sich innerhalb des englisch-amerikanischen Blocks der Brandstifter eines neuen Kriegs immer größere Risse zeigen. Die Teilnehmer dieses aggressiven Blocks hassen und fürchten einander. Ihre Streitigkeiten spiegeln die unauslöschliche Gegensätzlichkeit ihrer Wirtschaftsinteressen wider, eine Gegensätzlichkeit, die die pompöse Fassade des Nordatlantischen Vertrags wie auch anderer aggressiver Verträge nicht zu verdecken imstande ist.

Das hindert die Imperialisten natürlich keineswegs, in den Fragen ihres Programms, in denen sie sich in ihrem Haß gegen die Sache des Friedens, des sozialen Fortschritts und der Gerechtigkeit einig sind, gemeinsam vorzugehen.

Die Ablehnung der Sowjetvorschläge über ein Verbot der Atomwaffe und der Beschuß der Mehrheit der UNO-Atomkommission, die Arbeit dieser Kommission auf unbestimzte Frist einzustellen, lassen die aggressiven Ziele der englisch-amerikanischen Atompolitiker vor den Augen der ganzen Welt zutage treten. Die Differenzen der amerikanischen und englischen Imperialisten über Fragen der militärischen Verwertung der Atomenergie sind nicht nur außerstande, ihre wahren Ziele und ihre den Lebensinteressen der ganzen Menschheit feindlichen aggressiven Absichten zu verhüllen, im Gegenteil, sie stellen sie nur noch mehr bloß.

Internationale Umschau

(Notizen)

UNTER GLOCKENGELÄUT...

Der BBC-Sonderberichterstatter meldete feierlich, der eben erst gewählte Präsident des westdeutschen Marionettenstaates, Theodor Heuß, habe nach seiner ersten Rede „unter dem Glockengeläut aller Kirchen Bonns, von einer Ehrenwache begleitet, den Weg zu seiner Amtsresidenz angetreten“. Unter dem gleichen Glockengeläut faßten in einem der Düsseldorfer Restaurants versammelte ehemalige Mitglieder der „Schwarzen Front“ den Beschuß, eine neue Naziorganisation unter dem Namen „Gesellschaft der Otto-Strasser-Freunde“ aufzuziehen.

Otto Strasser gehörte zu den deutschen Faschistenhäuptlingen und war in der Spitzencoie der Nazipartei Hitlers Rival. Als er in den Hintergrund gedrängt war, flüchtete er nach Kanada, da er gut wußte, wie Hitler mit seinen früheren Freunden abzurechnen pflegte. Von dort aus leitete er die ihrem Geiste und ihren Zielen nach faschistische „Schwarze Front“ weiter. Strasser ist heute wie ehedem ein unverhüllter Faschist. Seine Anhänger in Trizonien betreiben eine Kampagne für seine Rückkehr nach Deutschland. Die „Otto-Strasser-Freunde“ folgen einem offen faschistischen, revanchistischen Programm.

In letzter Zeit sind in Trizonien Dutzende faschistische Organisationen entstanden, auch faschistische Zeitungen erscheinen wieder. Mit dem Segen und der direkten Unterstützung der englisch-amerikanischen Besatzungsbehörden lebt die Kaste der Berufoffiziere wieder auf und wird eine aus Söldnern bestehende Massenarmee geschaffen. Eine zügellose kriegslüsterne Pogromagitation gegen die Sowjetunion, gegen die Tschechoslowakei und Polen ist im Gange.

Konrad Adenauer, der Vorsitzende der Christlich-Demokratischen Union und frischgebackene Kanzler der Marionetten „regierung“ Trizoniens, hat sich offen als Gegner der Potsdamer Beschlüsse und als Anhänger einer Revision der jetzigen deutschen Grenzen deklariert. Der sozialdemokratische Ministerpräsident von Niedersachsen erfreut sich, gegen die Völker der Tschechoslowakei und Polens Drohungen auszustoßen.

Die Schaffung des westdeutschen „Staates“, die Wahl seines Marionettenpräsidenten und die Bildung einer ebensolchen Puppenregierung, mit der die Spaltung Deutschlands ihre Krönung findet, gaben dem Anwachsen des Militarismus und

des Faschismus in Deutschland einen neuen Anstoß. Unter Glockengeläut entstanden zu gleicher Zeit der neue westdeutsche „Staat“ und die neue Nazibewegung Otto Strassers.

EIN TRICK DES MINISTERS FANFANI

Heutzutage bieten die Wirtschaftsrubriken der größten italienischen Zeitungen einen traurigen Anblick. Die Wirtschaftslage Italiens bringt selbst die Anbeter des Marshallplans auf trübselige Gedanken.

Eine Zeitung berichtet, nach den Erhebungen des Industriellenverbandes sei die Roheisengewinnung im ersten Halbjahr 1949, verglichen mit der entsprechenden Zeitspanne des Vorjahrs, um 30 Prozent gesunken, die Erzeugung von Metallallegierungen um 26 Prozent, die Stahlgewinnung um 5 Prozent („Il Globo“, 18. August).

Ein anderes Blatt schreibt melancholisch, am 25. Oktober komme ein Teil der Betriebsshallen und die gesamte Einrichtung der Caproni-AG. für elektrischen Maschinenbau unter den Hammer („Il Quotidiano“, 20. August).

Vom Krisenzustand der italienischen Wirtschaft ist auch in einer kürzlich veröffentlichten Meldung der Römischen Nachrichtenagentur (A.R.I.) die Rede; am Schluß ihres Überblicks hebt die Agentur hervor, es bestünde nicht der geringste Anlaß, auf eine Abnahme der zwei Millionen starken Arbeitslosenarmee zu rechnen, die zu einer „organischen Erscheinung des italienischen Wirtschaftslebens“ geworden sei.

Nun stelle man sich die Verwunderung des italienischen Lesers vor, als die gleichen bürgerlichen Zeitungen am 8. September plötzlich in ein Triumphgeheul über die Erfolge der italienischen Wirtschaft ausbrachen! Unter Berufung auf das Communiqué der am Vortage abgehaltenen Sitzung des Kabinetts de Gasperi erklärten die Zeitungen des Regierungslagers wie auf Kommando mit lautem Geschrei, die Arbeitslosigkeit sei im Rückgang begriffen.

Frohlockend gab „Il Quotidiano“ bekannt, die Zahl der Arbeitslosen in Italien sinke ständig. De Gasperis Leiborgan, „Il Popolo“, sekundierte ihm, man müsse sich besonders darüber freuen, daß die Arbeitslosigkeit abnehme.

Warum der Lärm? Was war geschehen?

Gar nichts! Nur daß der Arbeitsminister der de-Gasperi-Regierung Signore Fanfani, beschlossen hatte, etwas für die „Hebung der Stimmung der Bevölkerung“ und die Festigung des Glaubens

an den wundertägigen Marshallplan zu tun. Ohne die geringste Berechtigung erklärte er in der Sitzung des Kabinetts, die Zahl der Arbeitslosen in Italien habe sich im Vergleich zum Juni des Vorjahres um fast eine halbe Million vermindert und belaufe sich jetzt „nur“ auf 1 787 000.

In der Annahme, daß sich ein Minister vieles erlauben könne, blieb Fanfani die Antwort auf die natürliche Frage schuldig, wo denn die übrigen 500 000 Arbeitslosen hingekommen sind, wenn die italienische Industrie nach wie vor die Produktion einschränkt und die größten Betriebe abgerissen oder versteigert werden.

Die Antwort auf diese Frage gaben die Gewerkschaften und die demokratische Presse. Es stellte sich heraus, daß die Arbeitslosen nicht vom Arbeitsmarkt, sondern nur aus den Listen der staatlichen Arbeitsämter verschwunden sind. Diese Listen wurden auf Weisung Fanfanis entsprechend „durchgekämmt“ und gekürzt. Hunderttausende Menschen wurden unter den verschiedensten Vorwänden von den Arbeitsämtern aus den Listen gestrichen.

Fanfani verfuhr wie ein Taschenspieler, der vor den Augen des Publikums — allerdings nicht ganz geschickt — eine Spielkarte im Ärmel verschwinden läßt. Die italienische bürgerliche Presse tut, als habe sie diesen Kunstgriff nicht bemerkt, und ergeht sich weiter in Lobpreisungen der „weisen Politik“ des Arbeitsministeriums. In Wirklichkeit ist das natürlich keine „weise Politik“, sondern der neueste Falschspielertrick bürgerlicher Politikaster.

EIN MISSGLÜCKTES JUBILÄUM

In einem bekannten Tschechowschen Schwank sagt Herr Schiputschin, damit beschäftigt, das Jubiläum der von ihm geleiteten Bank vorzubereiten, seinem Buchhalter:

„Die Angestellten haben mir soeben ein Album verehrt, und die Mitglieder der Bank haben, wie ich höre, die Absicht, mir eine Dankadresse und eine silberne Kanne zu überreichen... Für das Ansehen der Bank ist ein gewisser Pomp unerlässlich, hol's der Teufel! Sie sind ja kein Fremder und jedenfalls von allem unterrichtet... Die Dankadresse habe ich selbst verfaßt, die silberne Kanne habe ich ebenfalls... selbst gekauft. Von allein wären die ja nicht darauf gekommen...“

Nach dem gleichen Schema ungefähr wurden die Feierlichkeiten zum ersten Jahrestag der Ernennung Henri Queuilles zum französischen Ministerpräsidenten organisiert. Wie eine Pariser Zeitung feststellte, hatte Queuille „Befehl gegeben, begeisterte Lobgesänge anzustimmen, um den ersten Jahrestag seines Machtantritts zu

begehen“. Kurz vor dem Jubiläum verlas der Ministerpräsident in einer in Meymac gehaltenen Rede folgende von ihm selbst verfaßte Dankadresse an sich selbst:

„Die Regierung hat die Republik gerettet... Wenn meine Mission beendet sein wird, werde ich für das, was ich als Vorsitzender des Ministerrats geleistet habe, nicht erröten müssen.“

Die Festveranstaltung ist dennoch nicht gelungen. Der Jubilar war der einzige, der frohlockte. Besser, er hätte sich gar nicht an diesen Jahrestag erinnert. In dem Jahr, in dem Queuille am Ruder ist, hat Frankreich wirklich keine Fortschritte auf dem Wege der Prosperität gemacht. Ganz im Gegenteil.

Im Lande herrscht Inflation. Am 1. September 1948 belief sich der Notenumlauf auf 877 Milliarden Frank, am 1. September dieses Jahres aber auf 1179 Milliarden Frank. Bekanntlich wird in Washington eine neue Frankabwertung vorbereitet. Die Preise steigen: der Index der Kleinhändelspreise ist im Laufe eines Jahres von 1528 auf 1752 gestiegen. Selbst nach amtlichen Angaben hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Laufe des Jahres verdoppelt.

Die Regierung ist bestrebt, die verstaatlichte Industrie zu liquidieren, indem sie einen Betrieb nach dem andern schließt. Dies Schicksal droht den Flugzeugwerken in Argenteuil, Bordeaux, Suresnes, Billancourt, Coimbes und Bourget, den Automobilwerken in Billancourt und Gennevilliers und anderen.

Die USA-Monopole bringen die französische Wirtschaft an sich. Den amerikanischen Trusten gehört z. B. schon nahezu der vierte Teil der französischen Erdölraffinerien. Die Gruppe Thomson-Houston kontrolliert 80 Unternehmen der elektrotechnischen Industrie. Der Gesamtwert des Aktienkapitals der größten amerikanischen Truste in Frankreich hat 13 Milliarden Frank erreicht.

Auf außenpolitischem Gebiet hat die Regierung Queuille Frankreich mit der Beteiligung am aggressiven Nordatlantikblock beglückt, obwohl das Volk klar seinen Friedenswillen zum Ausdruck brachte.

Die geeignete Form einer derartigen Bilanz wäre nicht eine Jubiläumsadresse, sondern eher eine Anklageschrift.

DEWEYS ERSTER AUFTRITT ALS KÖNIG SALOMO

Der faschistische Überfall auf die Teilnehmer des Paul-Robeson-Konzerts in Peekskill hat die Empörung weitester Kreise des amerikanischen Volkes hervorgerufen. Bekanntlich ließen die Polizei und die Behörden des Staates New York den

faschistischen Rowdys bei diesem Überfall wohlwollende Förderung angedeihen, so daß nur der Mut und die Umsicht der Organisatoren des Konzerts den Versuch der New Yorker Hitlerfaschisten vereiteln, einen hervorragenden Mann der Öffentlichkeit und Künstler am helllichten Tage vor den Augen der Polizei zu lynchen.

Der Gouverneur des Staates New York, Dewey, hielt es für angebracht, am 14. September eine Erklärung zu den Ereignissen in Peekskill abzugeben. Dieser New Yorker Salomo befahl, eine „Untersuchung“ anzustellen, nicht etwa um die faschistischen Banditen, sondern um ihre Opfer zur Verantwortung zu ziehen!

Gouverneur Dewey beschloß, die Schuld an all dem, was sich in Peekskill ereignete, auf Robeson und seine Zuhörer abzuwälzen. Seine Argumente sind von einer geradezu sinnverwirrenden Logik. Erstens hätte man kein Konzert veranstalten und nicht zu ihm kommen sollen, dann hätten die Leute aus dem Ku-Klux-Klan keinen Anlaß zum Überfall gehabt. Zweitens hätte Robeson, wenn es schon nicht ohne Konzert abgehen konnte, sich ruhig lynchieren lassen müssen, dann wären die Pogromhelden wieder friedlich heimgangen. Drittens sind die Besucher des Konzerts, die von den faschistischen Banditen überfallen wurden, des Verbrechens schuldig, sich ihnen zur Wehr gesetzt zu haben.

Wir übertreiben nicht. In Deweys Erklärung steht schwarz auf weiß geschrieben, er beschuldigte die Anhänger Robesons, „absichtlich Angriffe auf sich selbst provoziert“ zu haben! Die Banditen aber seien lediglich „den Kommunisten in die Falle gegangen“.

Dewey muß zugeben, daß die Gewalttaten ausschließlich von den Peckskiller Faschisten verübt wurden. Nichtsdestoweniger beschuldigt er gerade diejenigen, die sich verteidigten und ein großes Blutvergießen verhüteten, denn sie

„hatten wenn auch nicht gesetzlich verbotene, so dennoch Waffen bei sich gehabt, nämlich Baseballschläger, Konservenöffner, Steine sowie Dosen mit schwarzem und rotem Pfeffer. Solche Waffen können in den Händen organisierter Gruppen gefährlich und sogar tödlich werden.“

Das sagt er von den Konservenöffnern! Dewey tut dabei, als habe er die richtigen Dolche, Totenschläger und Revolver in den Händen der faschistischen Banditen überhaupt nicht bemerkt.

Dieser ganze Eiertanz zur Reinwaschung der faschistischen Banditen ist von antikommunistischer Verleumdung begleitet. Der Schutzpatron der New Yorker Faschisten hat mit seiner Erklärung nochmals seine geistige Dürftigkeit und

seinen tierischen Haß gegen alles Fortschrittliche demonstriert.

Natürlich hat der Ausgang der Ereignisse in Peekskill, wo eine große und von der Polizei unterstützte Bande von Pogromhelden vor unbewaffneten Menschen zurückweichen mußte, die USA-Reaktion in Unzufriedenheit und Schrecken versetzt. Aber die Ursache dieses Schreckens sind nicht die Baseballschläger oder die Dosen mit dem Pfeffer — selbst wenn dieser rot war —, sondern die in Peekskill demonstrierte Kraft und Geschlossenheit der Werktätigen schwarzer und weißer Hautfarbe. Das Konzert in Peekskill ist ein Sieg der amerikanischen Demokraten. Diese Tatsache ungeschehen zu machen, geht über die Kräfte Deweys, der es zweimal nicht zum Präsidenten bringen konnte und aus dem erst recht niemals ein König Salomo werden wird.

STATT DER ARCHE NOAH

Die zu Erkundungszwecken unternommene amerikanische Militärexpedition, die in diesem Sommer auf dem Berge Ararat nach der „Arche Noah“ suchte, ist am 12. September nach Istanbul zurückgekehrt. Der Leiter der Expedition, Smith, teilte den Korrespondenten höchst sensationelle Neuigkeiten mit:

Die Expedition habe 25 000 Dollar gekostet. Die Arche Noah sei nicht gefunden worden. Im nächsten Jahr solle wieder nach ihr gesucht werden. Vorläufig sei die Rückkehr in die USA beschlossen. Die wissenschaftlichen Ergebnisse der Expedition wären mehr als bescheiden: man sei zu der Ansicht gekommen, daß die Arche durch Lava zerstört wurde. Dafür seien viele „Spuren der Epoche Noah“ entdeckt worden: die Behausungen, die Kleidung und die landwirtschaftlichen Geräte der heutigen türkischen Bauern seien die gleichen wie im biblischen Zeitalter.

Zur ersten Entdeckung äußerten sich englische Gelehrte ungefähr so, daß Smith sie hätte machen können, ohne aus seinem Arbeitszimmer zu gehen und den Ararat zu besteigen. Was das Elend der bäuerlichen Bevölkerung in der marshallisierten Türkei angeht, so hätte es erst recht keiner Besteigung des Ararat bedurft, um sich davon zu überzeugen, daß der türkische Bauer mit dem urzeitlichen Hakenpflug ackert und sich nahezu von Heuschrecken nährt. Das kann man selbst aus türkischen Zeitungen leicht erfahren.

Offen bleibt die Frage, welche Resultate Smith vom Standpunkt der wirklichen Ziele seiner Expedition aus erreicht hat. Die Antwort ist wohl in den Geheimarchiven des amerikanischen Spionagedienstes zu suchen.

HOLLÄNDISCHE SS-LEUTE

Von Zeit zu Zeit dringen doch Meldungen über die Bestialitäten der holländischen Truppen in Indonesien durch die Zensurschranken. Mitte September veröffentlichten die Wochenschrift „De Grbene Amsterdamer“, die Zeitung „De Waarheid“ und andere neue erschütternde Tatsachen.

Auf Java beschossen die holländischen Truppen die friedliche Zivilbevölkerung des Dorfes Tschilatschap mit Maschinenpistolen. 27 Personen wurden getötet, 31 schwer verletzt. Unter den Opfern sind Frauen und Kinder. In Surakarta erschossen holländische Gestapo-schergen einige Vertreter des indonesischen Roten Kreuzes. Unweit dieser Stadt, im Dorfe Kembang, wurden viele Frauen und Kinder niedergemacht.

Der Frauenkongreß in Djokjakarta sandte an die holländische Regierung und an die UNO ein Protesttelegramm gegen die blutigen Verfolgungen der friedlichen Bevölkerung. In diesem Telegramm fordert er, daß die an den Massakern schuldigen Offiziere zur Verantwortung gezogen werden.

Geht es um die Schuldigen, so steht die demokratische öffentliche Meinung auf dem Standpunkt, daß nicht nur die Vollstrecke, sondern auch die Inspiratoren und Drahtzieher der Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen sind: die wahren Schuldigen an dem Krieg in Indonesien, diese neuen Göringe in holländischen und amerikanischen Uniformen.

EIN BARBARISCHER AGGRESSIONSAKT

Nach einer Mitteilung der Behörden von Jemen unternahmen 14 englische Bomber in den ersten Septembertagen einen Angriff auf mehrere Ortschaften in Jemen, dem viele Menschen zum Opfer fielen, wobei auch bedeutender Sachschaden angerichtet wurde.

Ein Vertreter aus dem Amte Bevins versuchte, ohne die Tatsache des Bombenabwurfs selbst zu bestreiten, die Schuld an diesem barbarischen Aggressionsakt auf die Behörden und die Truppen von Jemen abzuwälzen, die angeblich zuerst angegriffen hätten. Die Unbeholfenheit dieser Ausrede liegt auf der Hand.

Es ist für niemand ein Geheimnis, daß Jemen seit einiger Zeit der Gegenstand einer erbitterten englisch-amerikanischen Rivalität geworden ist. Nachdem Saudisch-Arabien, Kuweit und die Bahrein-Inseln fast ganz unter die Macht des USA-Kapitals gekommen sind, setzen die englischen Imperialisten ihre Bemühungen daran, eine Durchdringung Jemens durch die USA zu verhindern.

Nach Pressemeldungen fand im Sommer dieses Jahres eine Zusammenkunft zwischen dem englischen Gouverneur von Aden, Reginald Champion, und dem Imam von Jemen statt. Champion verlangte vom Imam, Jemen solle niemand außer englischen Gesellschaften Erdölkonzessionen gewähren, Waren nur aus England importieren, seine Truppen mit Hilfe einer englischen Mission ausbilden und auch die Unabhängigkeit von sieben englischen Protektoratsgebieten anerkennen, die die englischen Diplomaten mit Kuweit und den Bahrein-Inseln zu einem Staat vereinigen wollen, um auf der arabischen Halbinsel ein bestimmtes Gegengewicht gegen das in amerikanische Hände geratene Saudisch-Arabien zu schaffen.

Der Imam, der sich der Unterstützung Washingtons vergewissert hatte, lehnte die englischen Forderungen ab. Darauf wurde er einem finanziellen Druck ausgesetzt: der Umtausch der Valuta Jemens in indische Rupien wurde eingestellt. Der Imam versuchte sich zu verteidigen, indem er sich auf das ägyptische Pfund Sterling stützte... Als Antwort darauf beschloß England nun, Jemen durch ein Luftbombardement „zu schrecken“.

In einer seiner Reden auf der vorjährigen Tagung der Vollversammlung brüstete Bevin sich sehr mit dem „Heldenkampf“ der englischen Behörden gegen die Tsetsefliege, die der Bevölkerung Afrikas keine Ruhe lasse. Er versuchte den Feldzug gegen die Tsetsefliege als die bemerkenswerteste Erscheinungsform der Sorge der Labourregierung um das Wohl der Bevölkerung in den sogenannten „rückständigen“ Gebieten herauszustreichen. Die Ereignisse in Jemen zeigen, daß die Sorge der englischen Vormünder um das Wohl der Bevölkerung in den „rückständigen“ Ländern noch weiter geht. Von der Ausrottung der Tsetsefliege sind sie zur Ausrottung der friedlichen Bevölkerung übergegangen.

GENERAL FULLER IST BESORGT

Der mit dem Faschismus liebäugelnde englische Generalmajor Fuller teilte am 11. September den Lesern der labouristischen Zeitung „The People“ seine Besorgnisse mit. Seiner Meinung zufolge berücksichtigt die amerikanische Generalität, die einen Aggressionskrieg vorbereitet, gewisse Umstände nicht.

General Bradley hat erklärt, die Aufgabe der Amerikaner im kommenden Krieg seien nur strategische Bombenabwürfe. Wer wird aber auf dem europäischen Festland für die Verwirklichung der imperialistischen Gelüste der Wall Street kämpfen? Diese Frage ist es, die Fuller äußerst beunruhigt. Die Engländer, Belgier, Luxemburger erwähnt er nicht. Vielleicht die Franzosen? Diese aber sind nach Fullers Ansicht „unlogisch wie

immer", d. h. sie wollen nicht für die Interessen der amerikanischen Wucherer in den Krieg ziehen.

Wo ist der Ausweg? Er ist genial einfach — in den Krieg ziehen sollen die Deutschen aus Trizonien und die Spanier. Fuller schreibt:

„Sollten Westdeutschland und Spanien nicht in dieses Unternehmen“ (d. h. in ein aggressives Kriegsabenteuer) einbezogen werden, so können, unabhängig davon, ob die Atombombe angewendet wird oder nicht, die Menschenreserven Europas nicht ausreichen.“

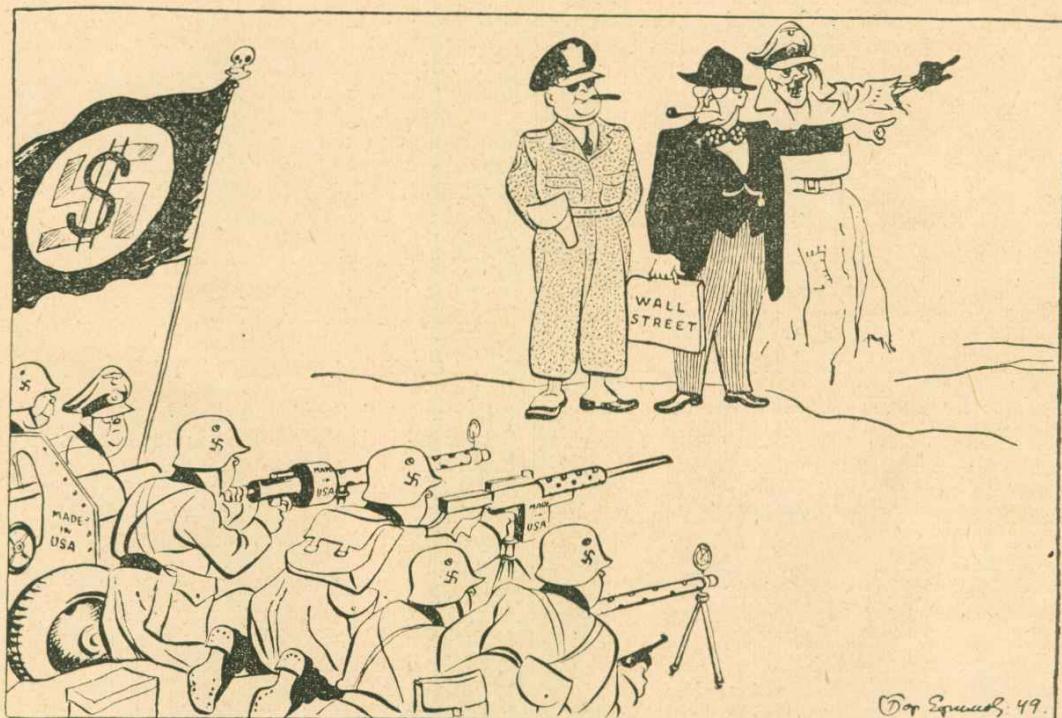
Fuller hat sich jedoch mit seinen Vorschlägen offensichtlich verspätet, denn die amerikanischen Drahtzieher des Nordatlantikblocks haben die Ausnutzung der Menschenreserven Westdeutschlands und Spaniens schon längst in ihre Pläne aufgenommen.

Während unter dem Deckmantel von Churchills „Europäischem Rat“ die dunklen Machenschaften zur offiziellen Aufnahme des westdeutschen Marionettenstaats in den Nordatlantikblock betrieben werden, verwandeln die amerikanischen

Besetzungsbehörden Trizonien in einen Naturschutzpark für Militaristen und in einen Truppenübungsplatz. Seit dem 6. September werden auf einem Territorium, das sich über mehrere hundert Kilometer erstreckt, von Fulda in Hessen bis Passau an der bayrisch-österreichischen Grenze, große Manöver der USA-Streitkräfte abgehalten. Auch die von den Besetzungsbehörden der Westzonen in „Arbeitsbataillonen“ und Truppenteilen z. B. V. sorgfältig erhaltene hitlerfaschistische Soldateska ist dabei nicht übergangen worden. Wie ADN meldet, hat der Befehlshaber der englischen Rheinarmee, Generalleutnant Keightley, offen die „Teilnahme deutscher Hilfsverbände“ an den amerikanischen Manövern zugegeben. Sie sind der Kern der in Bildung begriffenen Armee des westdeutschen Marionettenstaats.

Es ist vorgesehen, westdeutsche Vertreter mit General Manteuffel an der Spitze in den Stab Montgomerys aufzunehmen. Gleichzeitig sind die ehemaligen Leiter des Hitlerschen Generalstabs, Guderian und Halder, mit der Neuaufstellung

USA-MANÖVER IN WESTDEUTSCHLAND



Hitlers Geist: „Ich komme mir um zehn Jahre verjüngt vor!“

Zeichnung von BORIS JEFIMOW

einer deutschen Armee beschäftigt. Es werden Landtruppen, Luftwaffen- und Kriegsmarineeinheiten geschaffen.

Was die Ausnutzung der spanischen Menschenreserven betrifft, so haben sich die amerikanischen Generale und Admirale, die vor kurzem beim Caudillo zu Gast weilten, dieser Aufgabe angenommen.

Auf diese Weise haben die amerikanischen Militaristen die von Fuller entdeckten Menschenreserven schon gebucht. Aber diese Rechnung ist mehr als zweifelhaft, denn die Völker Europas, darunter auch das deutsche und das spanische Volk, wollen und werden nicht für die weitere Bereicherung der amerikanischen Verschleißer des Todes kämpfen.

Venezuela

(Reisenotizen)

A. KAMNEW

DER HAFEN LA GUAIRA ist Venezuelas Tor zur Außenwelt. Wie drohende Bastione ragen dort riesenhafte zylindrische Ölbehälter in die Luft. Das Erdöl gehört den amerikanischen Truhen. Amerikanische Schiffe sind fest an den Hafendämmen vertaut. In den kleinen Speisehäusern der Stadt trinken die Hafen- und Zollbeamten, vor Hitze vergehend, amerikanischen Whisky... Man wird sich nicht gleich klar darüber, daß man sich in Venezuela befindet und daß dies la Guaira ist und nicht irgendeine kleine Hafenstadt der Vereinigten Staaten.

Erdöl gibt es in Venezuela allenthalben. Von seinem Geruch scheint die Luft selbst durchtränkt. Auf der Bergeisenbahn bewegen sich Erdölzüge, auf den Autobahnen empfehlen zahllose Reklameschilder das Schmieröl der Firma Esso. Unter diesen vier Buchstaben verbirgt sich das Rockefellersche Erdölmonopol Standard Oil. Diese Buchstaben findet man überall: bei den Benzin-tankstellen, an den Straßen, auf den Häuserwänden, in den Spalten der Zeitungen und Zeitschriften. In der Hauptstadt der Republik, Caracas, bildet den belebtesten Punkt das Gebäude des Rockefellerschen Öltrusts.

Das Land Venezuela stellt ein einziges großes Ölreservoir dar. Seine Vorräte umfassen mehr als eine Milliarde Tonnen. Im Vorjahr sind hier ungefähr 75 Millionen Tonnen flüssigen Brennstoffs gewonnen worden. Im Laufe von dreißig Jahren hat die Ölindustrie Venezuelas die zweite Stelle in der Ölproduktion der Welt erreicht. Doch gehört bis heute diese Industrie nicht Venezuela.

Drei mächtige Erdöltruste, und zwar zwei amerikanische, Standard Oil of New Jersey und Gulf Oil Corporation, und der britisch-holländische Trust Royal Dutch Shell, kontrollieren 25 ölfördernde Gesellschaften und herrschen über das gesamte Leben des Landes.

Nach der offiziellen Statistik bilden etwa 9 Prozent des venezuelischen Gebiets — das sind mehr

als 8 Millionen Hektar — das Eigentum ausländischer Konzessionen. Davon befinden sich 6,5 Millionen Hektar in amerikanischen Händen. Alle ölfördernden Gesellschaften Venezuelas gehören ganz und gar ausländischen Kapitalisten. Venezolanesches Kapital ist in ihnen nicht vertreten.

Die Erdölgewinnung hat alle übrigen Zweige der Produktion erdrückt. Das ausländische Kapital ist nicht daran interessiert, daß Venezuela seine eigenen Fabriken und Betriebe hat. Es betrachtet dieses Land als Absatzmarkt für seine eigenen Industrieerzeugnisse.

Das Überhandnehmen der ausländischen Monopole lastet auch auf der Landwirtschaft. Angezogen von der Verdienstmöglichkeit auf den Ölfeldern, verlassen die Bauern das Land. In den fruchtbaren Tälern sind die Äcker verödet, die Zuckerrohr- und Maispflanzungen liegen verlassen da...

Von 69 Millionen Hektar landwirtschaftlich verwertbaren Bodens werden gegenwärtig nur 730 000 Hektar bebaut, also nicht viel mehr als ein Hundertstel! 94 Prozent aller Gemüsearten, 80 Prozent vom Weizen, Reis und Mais, die Hälfte aller zur Ernährung in Venezuela notwendigen Hülsenfrüchte werden aus dem Ausland eingeführt.

Meine zufällige Reisegefährtin, eine venezuelische Lehrerin, die aus Caracas zu einer Konferenz nach einem anderen Teilstaat reiste, erzählte mir mit Entrüstung, daß in den Ständen an den Straßen weder venezuelische Getränke noch venezuelisches Obst zu haben seien: überall nur amerikanisches Coca-Cola, amerikanische Äpfel.

„Keine einzige Apfelsine, keine einzige Banane! Und dabei habe ich im Autobus 500 Kilometer quer durch den fruchtbaren Teil des Landes zurückgelegt...“

Die einheimische Industrie fristet ein elendes Dasein. Die wenigen Tuchfabriken, Zementwerke

und Fabriken zur Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse sind nicht imstande, mit den nordamerikanischen Importeuren zu konkurrieren. Die Handelskammer von Caracas hat sich wiederholt an die Regierung mit dem Ansuchen gewandt, die Einfuhr einer Reihe von Waren zu kürzen, um die einheimische Industrie zu fördern. Die Regierung aber tut nicht das, was die Interessen des Landes verlangen, sondern das, was die amerikanischen Monopole wollen.

Auf den Geschäftsstraßen von Caracas sieht es aus wie auf einem internationalen Jahrmarkt. In den Spielzeugläden werden Erzeugnisse aus der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands oder aus Japan verkauft; die Konfektionsgeschäfte bieten den Venezolanern amerikanische Anzüge an und Botany-Krawatten, die aus Abfällen der Schafwollspinnereien erzeugt sind. Fleischprodukte, Konserven, Gewürze und Tee werden von der Firma McCormick & Co. eingeführt, Kartoffeln und Blumen aus Holland oder Curaçao geliefert, Früchte aus Florida und Kalifornien, Zündhölzer aus Schweden, Rundfunkempfänger aus der Schweiz, kosmetische Artikel aus Frankreich und so weiter. 90 Prozent der gesamten venezolanischen Ein- und Ausfuhr sind an die Vereinigten Staaten gebunden.

Die ohnehin schwierige Lage der Volkswirtschaft, die sich in völliger Abhängigkeit von ausländischen Monopolen befindet, wird noch durch die beginnende Krise verschärft. Die Presse meldet die Schließung von Unternehmungen, die erzwungene Arbeitseinstellung in den Werken und massenhafte Entlassungen.

Auch die Hauptgrundlage der Wirtschaft, die Erdölindustrie, gerät ins Wanken. Im Jahre 1945 wurden 51,4 Millionen Tonnen Öl gefördert, im Jahre 1946 waren es 56,7 Millionen, 1947 69,1 Millionen, 1948 74,9 Millionen. Dann begann ein rascher Abstieg. Laut Zeitungsmeldungen sind schon zu Ende des Vorjahres die Ölfelder von Bochaquero und Quiriquiri stillgelegt worden. Im Jahre 1949 hat eine solide amerikanische Gesellschaft, die Richmond Oil Co., fast zu existieren aufgehört. Tausende Arbeiter sind auf die Straße geworfen und dem Elend preisgegeben worden. Der Niedergang der Ölgewinnung hat zu einer Senkung der Aktivposten im Staatshaushalt geführt, wovon zwei Drittel aus Einkünften bei der Besteuerung des Erdöls und bei Erteilung von Ölkonzessionen gebildet werden. Auch der Devisenzstrom ist zurückgegangen. Das bedroht den gesamten Import. Im Jahre 1949 hat die Regierung zweimal das Budget gekürzt. Schon macht sich in Venezuela der Mangel an Lebensmitteln und wichtigen Gebrauchsgütern bemerkbar. Die Krise der Erdölindustrie bedeutet eine

Katastrophe für die venezuelische Volkswirtschaft.

Der ohnehin äußerst niedrige Lebensstandard der Bevölkerung ist weiterhin im Sinken und geht schon über die Grenzen der landläufigen Armut hinaus. Einerlei, auf welcher Straße man aus Caracas hinausfährt, überall sieht man kümmerliche, kaum vom Erdboden unterscheidbare Elendshütten. Ihre Einwohner leben von kleinen Diensten an der Verkehrsstraße oder vom Groschenumsatz des Kleinhandels. Überall kommen einem Frauen, Kinder und alte Leute entgegen, die schwere Bündel von Reisig, Holzspänen und Baumrinde auf dem Rücken tragen. In der Regel benützt die ländliche Bevölkerung nicht einmal in der Nähe großer Städte Petroleum, sie kennt keine Petroleumbrenner und -kocher, Petroleumherde... Und dies in einem Land des Erdöls, wo ein Liter besten Treibstoff für Kraftfahrzeuge weniger kostet als das minimale Trinkgeld beträgt, das man dem Jungen gibt, der beim Tanken eines Touristenwagens hilft!

Als wir durch ein Dorf irgendwo in der Nähe von Puerto Cabello, Venezuelas zweitgrößtem Hafen, kamen, schenkten wir an der Straße spielenden Kindern ein wenig Konfekt. Sie blickten auf die Süßigkeit wie auf ein nie gesehenes Wunder... Es stellte sich heraus, daß keines von den Kleinen je im Leben Schokolade gekostet hatte. Und dies in einem Land, das ein weltwichtiger Lieferant von Rohstoff für die Schokoladefabrikation ist. In Venezuela keine Schokolade kennen, heißt etwa soviel, wie in Italien keine Makkaroni kosten, in China nicht Reis und in Norwegen keine Heringe essen!

Der venezuelische Landarbeiter verdient am Tag 4—5 Bolivar. Das genügt für einige Dutzend Bananen. Wie aber soll er die Familie ernähren? Und Kleidung, Wohnung? Von Schulunterricht für die Kinder oder von kultureller Unterhaltung kann keine Rede sein. Das ist Bettelarmut.

Von 562 112 Familien, die in der Landwirtschaft beschäftigt sind, besitzt nur ein Zehntel Land. Der Rest sind entweder Landarbeiter oder kleine Pächter. Gewöhnlich verpachtet der Großgrundbesitzer den Boden an die Bauern für die Hälfte des Ernteertrags. Zusätzliche Zahlung wird für die Benutzung von landwirtschaftlichem Gerät, Zugvieh und Saatgut eingehoben. Was bleibt da dem Landmann? Nicht zu vergessen die Verluste durch Dürre, Regengüsse, Erdrutsch und Brände... Kein Wunder, daß viele es vorziehen, sich von den Früchten wild wachsender Mangobäume zu ernähren, als das Joch einer solchen Fronarbeit auf sich zu nehmen.

So lebt die werktätige Bevölkerung Venezuelas. Aber die Hälfte der im Staatshaushalt vor-

gesehenen Ausgaben dient dem Unterhalt des bürokratischen Apparats, und nur ein Fünftel dem Bildungs- und dem Gesundheitswesen sowie landwirtschaftlichen Nöten, alles zusammengenommen.

Das Kulturniveau der werktätigen Bevölkerung ist äußerst niedrig, ihre Kenntnis des Weltgeschehens außerordentlich gering. Zwanzig Kilometer von der Hauptstadt der Republik entfernt, begegneten wir beim Durchstreifen einer verlassenen Apfelsinenpflanzung einem Bauern, der nie vom zweiten Weltkrieg gehört hatte.

Er sammelte die Früchte verwilderter Obstbäume, auf dem Rücken trug er das unvermeidliche Reisigbündel. Nach der Begrüßung kamen wir ins Gespräch. Da stellte sich heraus, daß er all diese Jahre ein animalisches Hungerdasein gefristet hatte, ohne anderen Gedanken als den, was es morgen zu beißen geben werde... Und dicht daneben, auf dem Asphalt der Autobahn, jagten Buicks, Cadillacs, Studebakers der neusten Modelle dahin, rollten die blutigroten Kesselwagen des Shelltrusts, die die ganze Welt mit venezuelischem Erdöl versorgen... .

* * *

Nelson Rockefeller, Repräsentant einer Dynastie von Milliardären und Ölagnaten, erschien in Venezuela, um der Republik bei der Ordnung ihrer landwirtschaftlichen Angelegenheiten zu helfen.

Bei offiziellen Empfängen, Geschäftsberatungen und in der Presse erzählte Mister Rockefeller gern, er wolle die Venezueler mit Wohltaten überhäufen. Er lächelte und spendete freigiebig für die Waisen. Er versicherte, er könne sich die ökonomische Entwicklung Venezuelas nur vorstellen „auf Grundlage gleicher Möglichkeiten für alle und unter Ausschluß der Ausbeutung irgend jemandes“. Mehr noch, er schwor im Namen der Vereinigten Staaten: „Wir können keinen Imperialismus zulassen, weder in politischer noch in ökonomischer Hinsicht!“

Mit einem Wort, der Wolf legte das Schafsfell an. Nelson Rockefeller brachte folgenden Plan mit: auf venezuelischem Boden werden „landwirtschaftliche Genossenschaften“ (cooperativas agrícolas) gebildet, nominell auf Grundlage gemischter Investitionen, zur Hälfte aus Rockefellerschem und zur Hälfte aus venezuelischem Kapital (letzteres wiederum mit einer beträchtlichen Beimengung amerikanischen Kapitals). Diese Genossenschaften konzentrieren in ihren Händen nicht nur die Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse, sondern auch ihre Verarbeitung, Verpackung und den Absatz. In dieser „kooperativen“ Kolonie organisiert und kontrolliert Rockefeller die Schulen, die Klubs, die Kinos und die Kirchen.

Die nordamerikanischen Monopole, die bisher nach Venezuela hauptsächlich Fertigwaren ein-

führten, wünschen nicht mehr die Auslagen für Güterbeförderung zu tragen. Ist es nicht einfacher, das ganze Land in eine einzige gigantische amerikanische Farm zu verwandeln? Wer kann die Herren daran hindern, doch nicht etwa die venezuelische Regierung? Die macht nichts als Verbeugungen... Eine Gesellschaft für landwirtschaftliche Produktion und Viehzucht, mit einem Kapital von 2,2 Millionen Dollar, ist schon geschaffen. Sie hat vier Großgüter in der Nähe der Ölgebiete mit einer Anbaufläche von 13 500 Hektar in den Staaten Zulia und Carabobo zugewiesen erhalten. Gegründet wurden ferner: eine Fischfanggesellschaft mit einem Kapital von einer Million Dollar, eine Gesellschaft für die Erzeugung von Milchprodukten, die ihre Fabriken in den wichtigsten Städten Venezuelas baut, in Caracas, Valencia und Maracaibo; sodann eine Gesellschaft für den Vertrieb, den Aufkauf, die Lagerung und den Import von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln überhaupt. Es wachsen gewaltige Lagerhäuser und Kühlhallen, Fabriken werden gebaut.

Im letzten Jahr sind an den verkehrsreichsten Ecken von Caracas saubere Läden eröffnet worden, sogenannte Kafeterias. Gekachelte Wände, Nickel und verglaste Schaufenster, auf Bratpfannen brutzelnde Fleischklößchen und Würstchen, Apfelsinensaft... Und nebenan der vom Publikum vergessene Eingang zum kleinen Laden eines Venezuelers. So sieht der Rockefellerplan in der Praxis aus. Die Zeitung „Tribuna Popular“ schreibt:

„Rockefeller schafft jetzt ein System allumfassender Lebensmittelverkaufsstellen, das unsere kleinen Kaufleute dem Ruin aussetzt.“

Von der Art und Weise, wie die Rockefellerschen „Genossenschaften“ vorgehen, gewinnt man eine Vorstellung, wenn man liest, was die erwähnte „Tribuna Popular“ über die Fischfanggesellschaft des nordamerikanischen Magnaten berichtet. Diese Compañía Anónima Pesquerías Caribe kauft bei den Fischern zu 2,25 Bolívar für das Kilogramm den Fang auf, worauf die Fische zum Preise von 9,25 Bolívar für das Kilogramm auf den Markt gelangen.

So treibt das nordamerikanische Monopolkapital seine Fangarme immer tiefer in die Volkswirtschaft Venezuelas und erfindet neue Methoden für die Versklavung des Landes.

Alles das wird von entsprechenden Machinationen auf der politischen Arena begleitet. Die Journalisten von Caracas scherzen:

„In letzter Zeit sind in den Zeitungen von Venezuela neue Rubriken aufgetaucht: Verschwörungen und Umstürze. Denn Verschwörungen und Umstürze finden bei uns jetzt allmonatlich statt...“

Verschwörungen reifen in Venezuela wie die Bananen. Von 1945 bis 1949 sind in Venezuela fünfzehn Verschwörungen aufgedeckt und drei Regierungen gestürzt worden, zwei davon mit Gewalt. Die Bevölkerung hat die Sicherheit verloren, daß ihre Bürgerrechte nicht morgen schon durch die Willkür einer neuen Clique, die im Interesse des einen oder des anderen ausländischen Trustes wirkt, in den Staub getreten werden.

Im Sommer des Vorjahrs wurde im Hafen von La Guaira ein Dampfer angehalten, der angeblich Obstkonserven aus den Vereinigten Staaten geladen hatte. Statt der Fruchtsäfte fanden sich in den Dosen Patronen. Im Sommer dieses Jahres wurde ein ähnlicher Frachtdampfer, der Waffen und Patronen schmuggelte, an der Westküste von Venezuela gestellt. In La Guaira ist, laut Mitteilung der Zeitung „Ultimas Noticias“, ein Mann verhaftet worden, der mit einem Maschinengewehr zu landen versuchte...

Die Regierung des Präsidenten Medina wurde 1945 gestürzt, nach Annahme eines neuen Erdölgesetzes, wonach gewisse Rechte ausländischer Konzessionäre eingeschränkt wurden. Die darauf folgende Regierung der bürgerlichen Partei Accion Democratica trachtete lange, den Status quo in bezug auf die Ölgesellschaften in keiner Weise anzufasten. Aber im Jahre 1948 entschloß auch sie sich zur Annahme eines Gesetzes, das die Profite der Ölagnaten zugunsten der Staatskasse beschränkte. Kaum hatte der Kongreß diese Gesetzesvorlage zu beraten begonnen, da brach auch schon die nächstfällige „Revolution“ aus, und die Regierung des Präsidenten Gallegos war gestürzt.

Der nach Havanna geflüchtete Präsident beeilte sich, seine früheren Bundesgenossen zu beschuldigen, sie wären ihm in den Rücken gefallen. Er erklärte, die nordamerikanischen Ölmonopole hätten an der Verschwörung teilgenommen, und der Militärrattaché der USA-Botschaft in Caracas, Oberst Adams, hätte bei der Organisierung des Umsturzes unmittelbar mitgewirkt.

Zur Macht gelangte nun in Venezuela eine Militärjunta, bestehend aus drei Oberstleutnanten: Delgado Chalbaud, Jimenez und Páez. Die Junta löste den Kongreß auf, führte die Militärzensur ein, verbot viele Gewerkschaften, nahm als Grundgesetz die reaktionäre Verfassung von 1936 an, derzufolge Frauen und Analphabeten (und in Venezuela können 62 Prozent der Bevölkerung nicht lesen und schreiben) ihr Wahlrecht einbüßen und erklärte alle Leute für vogelfrei, die den Kommunismus propagieren.

Der Präsident der Junta, Delgado Chalbaud, hat vor gar nicht langer Zeit in einer seiner öffentlichen Kundgebungen den Vereinigten Staaten versichert, daß er in Venezuela mit den

Saboteuren“ Schluß machen werde. Er hatte all jene venezuelischen Patrioten und Demokraten im Auge, die die nationalen Interessen der Heimat verteidigen und die imperialistischen Wölfe zu bekämpfen versuchen.

* * *

Die Anstifter eines neuen Krieges übertragen den Ländern Lateinamerikas die Rolle eines „Rohstoffarsenals“. Jedem dieser Länder ist sein Los vorgezeichnet: Uruguay hat seine Ökonomik auf die Viehaufzucht zu beschränken; Venezuela hat Erdöl zu fördern; Brasilien Kaffeebohnen zu erzeugen; Bolivien Blei zu liefern; Chile Kupfer und Salpeter und so weiter. Aber die amerikanischen Monopole übersehen eines: den Willen der Völker.

Der bekannte chilenische Dichter Pablo Neruda sagte unlängst:

„Die Expansionisten der Vereinigten Staaten möchten sich die Völker Lateinamerikas dienstbar machen. Nur wird ihnen das nie gelingen. Der Kampf der Arbeiterklasse Lateinamerikas verfolgt jetzt zwei Ziele: Die Erhaltung der Einheit der Werkfähigen sowie die Wahrung ihrer nationalen Unabhängigkeit und die Verteidigung des Friedens.“

Für die Verwirklichung dieser beiden Ziele kämpft die Arbeiterklasse und die fortschrittliche Intelligenz von Venezuela.

Ende 1948 wurde in Caracas ein Komitee zum Kampf für Demokratie und Frieden gegründet. An seine Spitze trat der General Rafael Gabaldón. Gemeinsam mit dem Dichter Miguel Otero Silva, dem bekannten Rechtsgelehrten Julio Cesar Marín und anderen Komiteemitgliedern erstreckte es seine Tätigkeit über das ganze Land. Zweigstellen dieses Ausschusses entstanden im Zentrum des Ölgebiets Maracaibo, in den Städten Cabimas, Cumaná u. a. Seine Tätigkeit wird von zahlreichen gewerkschaftlichen und anderen öffentlichen Organisationen unterstützt.

Kürzlich brachte die Zeitung „Tribuna Popular“ einen Aufruf von elf Gewerkschaften des Staates Zulia. In diesem Appell heißt es:

„Den Anstiftern eines neuen Krieges stellen wir eine Armee des Friedens in den Weg. Genossen Arbeiter! Volk von Venezuela! Bildet Ausschüsse von Friedensanhängern, um die Anwärter auf Weltherrschaft und Ausbeutung davon in Kenntnis zu setzen, daß das venezuelische Volk den Krieg haßt, den Frieden liebt und die Urheber eines neuen Weltgemetzes zu schlagen bereit ist.“

Die Ausschüsse zur Verteidigung des Friedens organisieren Ausstellungen, Lektionen, Vorträge. Diese Veranstaltungen bringen großen Erfolg. Ein Vortrag „Für den Frieden!“, den ein Teilnehmer des Weltkongresses der Friedensanhänger, Doktor Herman Espina, in der Stadt Barquisimeto hielt, war von ununterbrochenem Beifall begleitet.

Ungeachtet aller Verfolgungen und Verbote wirken die Gewerkschaften immer rühriger für

die Verfeidigung der Arbeiterinteressen. Zu Anfang des Jahres 1949 vereinigten sich alle Gewerkschaftsorganisationen der Ölarbeiter des Westens zu einer Föderation, was als großer Erfolg der Arbeiterbewegung zu werten ist. Auch die Gewerkschaften des Unionsbezirkes, die Gewerkschaften der Bauarbeiter und andere schließen sich zusammen.

Streiks sind verboten, aber sie finden statt, und zwar immer häufiger. Selbst nach Angaben der reaktionären Zeitung „El Universal“ gab es allein in dem kleinen Staat Carabobo vom November 1948 bis zum März 1949 645 Arbeitskonflikte.

Eine konsequente und kühne Kämpferin für die Demokratie und für die Interessen der breiten Massen der Werktätigen ist die Kommunistische Partei von Venezuela. Kein Wunder, daß die inländische Reaktion zusammen mit der Agentur der amerikanischen Ölmonopole alles daran setzt, um die kommunistische Bewegung zu erdrücken. Mit Hilfe ihrer Strohmänner versuchten die Reaktionäre wiederholt, Uneinigkeit in die Reihen der Partei zu tragen und ihre Leute aus dem Milieu kleinbürgerlicher Elemente in die Partei einzuschmuggeln. 1945 war es ihnen zeitweilig gelungen, die KP in drei Fraktionen zu spalten.

Alle diese Manöver erwiesen sich indes als unzulänglich, um das Wachstum des politischen Bewußtseins bei den Arbeitermassen Venezuelas aufzuhalten. 1946 fand der erste Vereinigungskongreß der kommunistischen Bewegung statt. Er schloß die Spalter und die kleinbürgerlichen Elemente aus der KP aus. Es wurde ein neues einheitliches Programm angenommen. Der zweite Parteitag (1948) konnte den vollen Erfolg der Vereinigung und ein Steigen des Einflusses der Kommunistischen Partei Venezuelas feststellen.

Bei den Kongreßwahlen von 1947 wurden die Sekretäre der Kommunistischen Partei, Gustavo Machado und Juan Bautista Fuenmayor, zu Abgeordneten der Repräsentantenkammer, der Sekretär der Partei und Führer der Gewerkschaft der Erdölarbeiter, Jesús Faria, zum Senator gewählt.

In den Reihen der Kommunistischen Partei Venezuelas findet man so angesehene Vertreter der Intelligenz wie die Dichter und Schriftsteller Miguel Otero Silva, Carlos Augusto León, Fabbiani Ruiz, Pedro Beroes, Hector Mujica.

Durch ihre offiziellen Presseorgane (die Zeitschrift „El Comunista“ und die Tageszeitung „Tribuna Popular“) fordert die Partei die Durchführung einer Agrarreform im Lande, die Schaffung einer landeseigenen Erdölindustrie, die Verbesserung der materiellen Lebensbedingungen der Werktätigen. Sie kämpft für die Schaffung einer nationalen demokratischen Front gegen Reaktion und ausländische Einmischung in die inneren

und äußeren Angelegenheiten Venezuelas, für die Unabhängigkeit des Landes.

Die fortschrittliche Tätigkeit der Kommunistischen Partei ruft die ohnmächtige Wut der regierenden Kreise hervor. Dreimal wurde binnen 10–12 Monaten die „Tribuna Popular“ verboten. Oft erscheint die Zeitung mit weißen Flecken: die Zensur merzt ganze Artikel aus.

Nichtsdestoweniger wird die Auflage der Zeitung sowohl in Caracas wie in jedem beliebigen Provinzstädtchen schnell ausverkauft. Gewerkschafts-, Partei- und andere Arbeiterorganisationen sammeln im ganzen Lande Mittel für den Fonds ihrer Zeitung. Die „Tribuna Popular“ erscheint weiter, ungeachtet aller Versuche der Reaktion, sie zu vernichten.

Kennzeichnend für die Stimmung der Massen war der Durchfall des Verleumderfilms „Der eiserne Vorhang“ in Caracas. Das Kino „Continental“, wo man diesen Film zu zeigen versuchte, war von einem Polizeiaufgebot umringt. Geheimpolizisten drängten sich auch im Zuschauerraum. Und trotz alledem wurden die Vorführungen einige Male nacheinander vereitelt. Es kam so weit, daß die Polizei die protestierenden Zuschauer mit Tränengasbomben auseinandertrieb und sogar Schüsse gegen die Menge abgab.

Zu gleicher Zeit werden Sowjetfilme („Das Lied von Sibirien“, „Erziehung der Gefühle“, „Die Junge Garde“ u. a.) vor überfüllten Sälen aufgeführt und mit Begeisterung aufgenommen.

In der kleinen Stadt Turmero, einem der landwirtschaftlichen Zentren des Staates Aragua, wurde eine Ausstellung veranstaltet, die dem Leben der sowjetischen Kolchosbauern gewidmet war. Mehr als tausend Bauern besuchten sie. Lange standen sie vor den Photos, betrachteten die Traktoren, die Mähdrescher und die Dreschmaschinen. Noch länger aber verweilten sie vor den Aufnahmen, die die Lebensweise der Kolchosbauern zeigten.

Wir bemerkten unter den breiten Massen der Venezueler das Bestreben, mit der Sowjetkultur, der sowjetischen Kunst, Literatur bekannt zu werden, über alle Lebensgebiete der sowjetischen Werktätigen mehr zu erfahren. An allen Ecken und Enden des Landes: im Westen in Maracaibo, im Osten in Puerto La Cruz, in Valencia und Barcelona, werden Filialen des venezuelisch-sowjetischen Instituts für kulturelle Beziehungen eröffnet. Diese Organisation genießt die Unterstützung weiter Kreise der Bevölkerung. Das Volk von Venezuela verhehlt nicht seine Sympathien für das Land des Sozialismus, das den unterdrückten Werktätigen aller Länder ein erhabenes Beispiel zeigt, wie man erfolgreich für den Frieden und für die Zukunft kämpft.

Basel—Bern—Genf

(Reiseeindrücke)

A. KULESCHOW

DIE SCHWEIZ ist ein schönes Land; und lange bevor man ihre Grenzen erreicht hat, beginnt man ihre Schönheiten kennenzulernen.

In Stockholm und Paris, in Brüssel und London, in New York und Sydney hängen in den Kontoren der Schiffahrts- und Eisenbahngesellschaften, in den Hotels und Reisebüros riesige vielfarbige Plakate, liegen Alben und Prospekte aus, die die Natur der Schweiz anpreisen. Der Anblick schneeweißer Gipfel, blauer Seen und grüner Hänge lockt das Auge des Vergnügungsreisenden an. Dienstefrige Beamte beteuern ihm, eine Reise in die Schweiz sei die interessanteste Zerstreuung, die beste Erholung und der höchste Genuß.

Aber den Reisebüros sind letztthin Konkurrenten erstanden. Bekanntlich gestattete der USA-Kongreß den Marshallplan-Administratoren, den Fremdenverkehr zur Kategorie förderungsbedürftiger Wirtschaftszweige zu zählen. In Paris und in Washington wurden spezielle, dem USA-Handelsministerium unterstellt Ämter geschaffen. Zu Reklamezwecken wurden für sie laut Marshallplan 75 000 Dollar bewilligt. Eine der Maßnahmen zur Anlockung von Vergnügungsreisenden nach Europa ist die Verbreitung künstlerischer Ansichtskarten mit Abbildungen von Kognak- und Weinfabriken nebst entsprechenden Beschriftungen. Wein- und Kognakgefilde stimulieren augenscheinlich das Interesse der amerikanischen Vergnügungsreisenden für die Sehenswürdigkeiten der westeuropäischen Länder. Die Anzahl der Vergnügungsreisenden nimmt rasch zu: 1946 waren es 91 000, 1947 154 000, 1948 zirka 300 000, und 1952 erwartet man — falls der „Plan“ nicht trügt — eine halbe Million. Ein bedeutender Prozentsatz davon entfällt auf die Schweiz. Minister Hotz hat auf einem Kongreß des Internationalen Verbands der Hoteliers, Restaurateure und Kaffeehausbesitzer geäußert:

„Als Devisenquelle hat der Fremdenverkehr den gleichen Rang inne wie die Exportindustrie...“

Diese Art sogenannten unsichtbaren Exports ist überaus fühlbar. Die Summe, die in der „Hotelindustrie“ der Schweiz und in den mit ihr verbundenen Verkehrsmitteln investiert ist, erreicht 10 Milliarden Schweizer Franken, während die Jahreseinnahme sich auf 1,5 Milliarden beläuft.

* * *

Für die Vergnügungsreisenden ist Basel gleichsam der Galaeingang. Frankreich, die Schweiz und Deutschland grenzen hier aneinander. Die Bahnhöfe der drei Ländet sind faktisch einer die Fortsetzung des andern. Man bemerkt nicht einmal, wie man samt seinem Paß von den französischen Beamten mit schwarzen Schnurrbärtchen den Schweizer Beamten mit großen grauen Schnauzern überantwortet wird.

Die Entfernungen zwischen den Städten sind in der Schweiz gering, die Bahntarife außerordentlich hoch. Selbst eine Fahrkarte dritter Klasse ist unverhältnismäßig teuer. Wie sich herausstellt, ist das Reisen in dem Lande, dessen Haupteinnahme von Vergnügungsreisenden herröhrt, eine der teuersten Vergnügungen. Vielleicht ist das der Grund, weshalb die werktägige Bevölkerung ausgiebig Fahrräder benutzt. Morgens sind die Straßen von Radfahrern überflutet: die Verkäuferinnen aus dem Grand Passage, die Kontrollbeamten aus dem Studio 10, die Boten von Fray eilen zur Arbeit. Es radeln auch betagte Frauen und Greise mit Säcken auf dem Rücken. Und obwohl eine Bahnfahrt von Genf bis zur Deutschsprechenden Schweiz nur zwei Stunden dauert, fahren die Serviermädchen aus Madame Baums Pension höchstens zweimal im Jahr auf Besuch zu ihren Eltern.

Wir aber fahren per Bahn, und die Züge sind in der Schweiz wirklich gut. Leicht, hell und bequem, sausen sie mit einer Stundengeschwindigkeit von 100 Kilometern dahin. Die Eisenbahnen sind durchweg elektrifiziert. Fast die Hälfte der Bahnlinien gehört dem Staat, die andere Privatgesellschaften. Diese besitzen hauptsächlich die zahlreichen Zweigbahnen, Schmalspurbahnen und alle erdenklichen Gebirgsdrahtseilbahnen, die zu verschiedenen Gipfeln, Naturschutzparks und Sehenswürdigkeiten befördern.

Am Waggonfenster jagen Felder, Weiler, Wälder und kleine Stationen vorüber, wo man amerikanische und amerikanisierte Zeitschriften, Obst und belegte Brötchen in Packungen verkauft.

Die Fahrgäste suchen die von Reisebüros und Reiseführern verheißenen unvergleichlichen Schönheiten. Hypnotisiert von der Reklame, sind sie bereit anzuerkennen, daß hier das Gras grüner und die Bäume dichter seien als sonstwo, daß die Kühe irgendwie verständig aussähen und daß ein

höchst mittelmäßiger, ziemlich trostloser Felsen eine „einzigartige, beispiellose, erschütternde, für das ganze Leben unvergeßliche“ Landschaft „die allerschönste in Europa“ darstelle. Schüchtern schauen sie sich zu den Nachbarn um, setzen eine entzückte Miene auf und begegnen den gleichen halb entzückten, halb mißtrauischen Blicken.

Der Zug läuft in Bern ein. Auf diese Stadt kann man kühnlich einen Superlativ anwenden: es ist eine der langweiligsten Städte der Schweiz.

Am Bahnhof erwarten einen in langer Reihe ermüdeten und düster dreinblickende Gargons aus zwei Dutzend Hotels in bunten Livreen mit goldenen Knöpfen. Jeder sucht einen möglichst reichen Gast zu erwischen, sind doch Trinkgelder die Hauptentnahme des Hotelpersonals. Ein Lohn von 200 Franken reicht einem Familienvater schwerlich zum Leben.

In der Schweiz sind offiziell drei Sprachen gebräuchlich: Französisch, Deutsch und Italienisch. In manchen Theatern läuft ein Stück heute in der einen Sprache und morgen in einer andern. In jeder der drei Sprachen erscheinen Zeitungen. Und jeder Abgeordnete kann seine Parlamentsreden in jeder der drei Sprachen halten. Aber in der nördlichen, der sogenannten deutschen Schweiz ist vorwiegend die deutsche Sprache verbreitet. Dieser ganze Landesteil hat deutsches Gepräge. Gotische Häuser, gotische Kirchen, gotische Türme, selbst die Bäume in den Gärten wirken irgendwie gotisch.

Bern liegt in der Deutsch sprechenden Schweiz. Hier haben die Regierung, die Botschaften und die Konsulate ihren Sitz, einschließlich derer aus irgendwelchen ganz exotischen Ländern, zu denen die Schweiz offensichtlich lebhafte diplomatische Beziehungen unterhält. Die Hauptsehenswürdigkeit der Stadt ist der „Bärengraben“. Darin hausen die lebendigen Symbole des Stadtwappens: Bären, die von den Fremden mit Leckerbissen gefüttert werden, welche bei den Straßenhändlern nebenan zum dreifachen Preis erstanden werden können. Diese Szene wirkt höchst symbolisch für die Gesamtschweiz. Besonders wenn man den hohen Prozentsatz der Amerikaner unter den Vergnügungsreisenden in Betracht zieht. Auf einer speziellen Pressekonferenz hat Herr Pozzy, der Leiter der Abteilung für Fremdenverkehrsförderung der Administration für wirtschaftliche Zusammenarbeit, festgestellt, daß die amerikanischen Militärs die besten Kunden sind: sie lassen in der Schweiz die allergrößte Dollarmenge zurück.

Jeden Sonnabend trifft aus der amerikanischen Besatzungszone Deutschlands in Basel ein Sonderzug ein. Ihm entsteigen robuste rothäckige grauhaarige Obersten und Majore mit dicken

Zigarren im Mund, hochaufgeschossene, hagere Hauptleute mit Kneifern, die ihnen von der Nase rutschen, unverschämte Leutnants, die sich wie zu Hause fühlen und jedwedes Café und Hotel, wo sie einkehren, oder jeden Waggon in einen Pferdestall verwandeln. Und viele junge Mädchen. Die Mädchen tragen rote Röcke, gelb-grünkarierte Blusen, himbeerfarbene Schuhe (Größe 40) und blaue Hüte. Diese ganze Menge, etwa 500 an der Zahl, ist kreuz und quer mit Ferngläsern, Photoapparaten, Plaids, Koffern und Rucksäcken behängt. Sie tragen Skier, Angeln, Schirme und Golfschläger. Die amerikanischen Vergnügungsreisenden kauen ihre „gums“, werfen Papier um sich, bespucken und beschmutzen alles auf ihrem Weg und strömen vom Bahnhof nach allen Ecken und Enden des Lands auseinander. Dort werden sie im Lauf zweier Tage Berge besteigen, Seen befahren, alles, was ihren Weg kreuzt, photographieren und alle möglichen Andenken kaufen.

Am Montagmorgen verlassen die angenehmen Gäste das gastfreundliche Land, wobei sie eine unangenehme Erinnerung und einige zehntausend Dollar — den allwöchentlichen Touristentribut an die Schweiz — hinterlassen. Die Besitzer der Hotels und der Pensionen verwahren die Banknoten sorgsam in ihrer Brieftasche. Im „Bärengraben“ werden die grellen Umschläge des „Life“ sowie Konservenbüchsen von den verwöhnten Bestien beschnuppert und mit der Pfote beiseite geschoben. Die Wächter brummen in ihren Bart, räumen den Kehricht weg und schimpfen auf die kreuzifidelen amerikanischen Possekreißer, die den Bären leere Zigaretenschachteln und Konservenbüchsen bescheren.

* * *

Über riesige wildzerklüftete Berge, an Lausanne vorbei und längs des ganzen Genfer Sees verläuft unser weiterer Weg nach Genf. Das ist schon französische Schweiz. Man hört französische Sprache. Die Menschen sind lebhafter. Alles ist irgendwie heller gegenüber dem schwerfälligen Bern.

Genf ist eine schöne Stadt. Gelegen am See bei dem Ausfluß der Rhone, umsäumt es diesen Teil des Sees mit seinen Kais, längs deren breite asphaltierte, mit Bäumen umpflanzte Straßen verlaufen. Zum See gehen zahlreiche Hotels, Pensionen, Gasthäuser und Restaurants hinaus. Hier erhebt sich das feingegliederte, emporstrebende Denkmal des Herzogs Karl II. von Braunschweig. Der begüte Herzog, der hier seine Tage beschloß, vermachte der Stadt all seinen Reichtum unter der Bedingung, daß man ihm ein Denkmal errichten werde. Die Bedingung wurde eingehalten.

In Genf gibt es so viele Hotels, Gaststätten und Pensionen, auf Schritt und Tritt so viele Bekanntmachungen betreffs zu verkaufender oder zu vermietender Villen, daß man denken könnte, der größte Teil der Stadtbevölkerung seien Zugekreiste.

Vom Bahnhof zum See verläuft die Hauptstraße der Stadt: Rue du Mont-Blanc. Zu ihrer Rechten ist an hellen Tagen der Gipfel des Mont-Blanc sichtbar, wenn ihn nicht grade die auf dem USA-Konsulatsgebäude gehisste Riesenfahne verdeckt. Längs der Straße befinden sich rechts und links Verkaufsläden, jeder dritte ein Uhrengeschäft. Und was gibt es hier nicht für Uhren! Wecker, Wand-, Taschen-, Armbanduhren; solche, die gegen Wasser, magnetische Einwirkung, Sturz, Erwärmung, kurz: gegen alles gefeit sind. Uhren, die man nicht aufzuziehen braucht, weil sie durch die Armbewegungen aufgezogen werden. Uhren, die Sekunde, Minute und Stunde, Tag und Monat, Wochentag, Mondphasen und sonstwas anzeigen. Die Besitzer dieser Uhren „felder“ sind indes unzufrieden. Sie klagen über schlechten Geschäftsgang.

„Früher war es besser“, sagte uns der Inhaber eines Uhrenladens. „Jetzt haben selbst die Mitarbeiter der amerikanischen Konsulate, die sich noch vor kurzem Uhren en gros zum Weiterverkauf angeschafften, die Bestellungen eingeschränkt...“

Die Zeitschrift „Schweizer Industrie“, die dreisprachig erscheint, klagt gleichfalls, daß die amerikanischen Geschäftsmacher den Uhrenweltmarkt unter ihre Fuchtel nehmen und in stets größerer Menge amerikanische Uhren produzieren. Der Verfasser dieses Artikels hält eine solche Konkurrenz für unfair: „Wir fabrizieren doch auch keine Automobile, obwohl wir es könnten!“

Die Uhren werden in zahlreichen, über das ganze Land verstreuten kleinen Fabriken angefertigt, wo hochqualifizierte Meister jahrzehntelang, von Generation zu Generation, tätig sind. Tagelang sitzen sie mit einer ins Auge geklemmten Lupe über die Tische gebeugt und verdienen sich durch mühselige Kleinarbeit ihr Brot. Nur wenige Firmen besitzen große Fabriken. Trotz der Riesenreklame in aller Welt und dem stabilen internationalen Ruf der Schweizer Uhrenproduktion geht die Uhrenausfuhr zurück.

Die Rue du Mont-Blanc mündet in eine Brücke, die den Genfer See von dem Fortlauf der Rhône scheidet. Zur Linken, am Ende einer tief in den See hineinragenden Mole, springt eine hundert Meter hohe häßliche Fontäne, zur Rechten, auf einer Insel, erhebt sich ein Rousseau-Denkmal. Als wir einen Abstecher auf die Insel machten, sah der bronzenen Philosoph bekümmert mit an, wie

ein kleiner rothaariger amerikanischer „Vergnügungsreisender“, kniend und vor Anstrengung rot geworden, mit einem Federmesser emsig seinen Namen in den Sockel ritzte. Rings um das Denkmal und auf ihm lagen Zigarren- und Zigarettenstummel herum.

Bei dem Portier eines jeden Hotels kann man stets einen Taschenreiseführer erstehen, der die Stadt, ihre Sehenswürdigkeiten und Vergnügungsstätten beschreibt. Aus diesem Reiseführer läßt sich ersehen, daß es in Genf zwei Theater, etwa 20 Kabarets und Variétés, mehrere Kirchen sowie hunderte Hotels und Restaurants gibt. Aber da ist die Rubrik „Kino“. Hier das Verzeichnis der Filme: „Stelldichein ... mit dem Tod“, „Mord bei Musik“, „Ich heiratete eine Zauberin“, „Erfassung“, „Der Quacksalber“ und „Die Spelunke“. In der Schweiz haben Hollywoodgespenster und -banditen sich der Bildleinwand bemächtigt. Weiterhin lesen wir wertvolle Mitteilungen über die Programme der Kabarets am rechten und linken Ufer. Tanzwunder im Geist und Stil des Broadway, Völlerei, verschiedenerlei Alkohol. Die Kioske und Buchläden der Stadt sind gleichfalls mit amerikanisierten Erzeugnissen, mit Detektiv- und Sexualromanen, Boulevardzeitschriften und Revolverblättern, überschwemmt.

* * *

Die Schweizer sind ein friedliebendes Volk. Niemand schickt sich zu einem Überfall auf ihr Land an. Aber die Kriegshysterie hat auch hier Eingang gefunden. Die Blätter verbreiten Atompsychose. Truppenteile marschieren unter Orchestermusik durch die Straßen der Städte. Ihre Ausrüstung und Uniform ähnelte früher der deutschen, jetzt nähert sie sich immer mehr den amerikanischen Mustern.

All dies macht, da die Schweiz ein Land traditioneller Neutralität ist, einen merkwürdigen Eindruck. Es gibt nur eine Erklärung dafür: die Marshallisierung.

Die Wall Street hält es für nutzbringend, den Marshallplan auch der Schweiz aufzuzwingen, obwohl man sie den Ländern, die unter dem Krieg gelitten haben, schwerlich zurechnen kann. Von der Schweiz kann man sagen, daß ihre Wirtschaft nicht so sehr unter dem Krieg gelitten hat, wie vielmehr unter der als Nachkriegs-, „wiederaufbau“ bezeichneten Marshallisierung.

Hinter der schönen Fassade von Genf kamen scheußliche Wurmstiche zum Vorschein. Hotels, Parks, Kais, die nachts mit Lichtern bunt dekoriert sind; Feierlichkeiten, Karnevale und Festumzüge, die man zur Zerstreuung der Vergnügungsreisenden veranstaltet, — all dies ist sehr elegant. Aber all dies ist Fassade. Versuchen wir doch,

Genf „über die Hintertreppe“ zu besuchen. Geht man den Fluß entlang, so kann man rasch zum Strand gelangen. Hier gibt es sehr bescheidene Häuschen und große Häuser mit schmutzigen Höfen, mit Wohnungen ohne Sonne und ohne Licht. Geflickte Wäsche trocknet an Leinen, Kinder spielen im Staub, uralte gelbgesichtige Frauen mit eingefallenen Wangen sitzen an den Türen und blicken mit tränenden Augen in das trübe Gewässer.

Man sagt, in der Schweiz gebe es keine Bettler. Tatsächlich sind diese dort nicht wahrzunehmen — falls man nicht den blinden Geigenspieler beachtet, der seinen Hut vor sich auf die Erde gelegt hat, oder den Wanderphotographen, der binnen weniger Minuten jegliche Aufnahme macht. Aber die Zahl der Arbeitslosen wie der Kurzarbeiter erhöht sich dort immer mehr.

* * *

In der Schweiz gibt es viele wirklich sehr reizvolle Gegenden. So das Schloß Chillon, wo in dem legendären Kellergeschoß an einem Steinpfeiler der jetzt durch eine Glasscheibe geschützte Namenszug Byrons eingemeißelt ist. Das „Skiparadies“ in Davos, wo hunderte Skifahrer bergab

sausen, um dann abermals mit Skilifts, die über Abgründe gespannt sind, wieder emporbefördert zu werden. Blaue Seen, auf denen schlanke weiße Dampfer dahingleiten.

Aber weder der Pariser Metallarbeiter noch der Marseiller Schauermann, weder der Arbeiter aus dem Schlachthaus von Chikago noch der aus den Fordwerken kann in diesen Gegenden die verdiente Erholung genießen. Das ist ein Privileg des Pariser Devisenspekulanten, des Londoner Börsenjobbers, des New Yorker Bankiers und der sonstigen übersättigten und müßigen Menge notorischer Nichtstuer.

Wir verließen die Schweiz morgens. Der Zug fuhr aus einem Tunnel, näherte sich schnell und fast geräuschlos der Grenze und bog um einen Felsen. Hinter der Kurve blieb eine malerische Sennhütte mit Steinen auf dem Dach und eine smaragdene Wiese, auf der unbeweglich eine Kuh mit einer großen Glocke am Hals stand. Neben ihr lief, einen Photoapparat in den Händen, ein dicker Mann in karierten Knickerbockers und mit einem Zigarrenstummel im Mund hin und her. Und in einiger Entfernung saß der Besitzer der Kuh auf einem Baumstumpf und zählte auf der Handfläche ein paar Münzen...

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

5 Milliarden

G. RUDOI

SO HEISST eine Broschüre*, die in Westdeutschland derzeit eine bibliographische Rarität ist, obwohl sie erst unlängst erschien: die ganze Auflage der Broschüre, die von der Kommunistischen Partei in Frankfurt a. M. kurz vor den Wahlen zum Bundestag des westdeutschen Marionettenstaats herausgegeben wurde, ist von der amerikanischen Besatzungsmacht restlos beschlagnahmt worden.

Der Inhalt der Broschüre, die die Machthaber Trizoniens so sehr in Schrecken versetzt hat, geht aus ihrem Untertitel hervor: „Kleine Lektion über Besatzungskosten. Was jeder wissen muß!“

Es handelt sich um die 5 Milliarden Mark, die die Bevölkerung der Westzonen Deutschlands alljährlich den Besatzungsmächten Trizoniens zu entrichten gezwungen ist. Es handelt sich um die schamlose Ausplündерung der Bevölkerung der

Westzonen Deutschlands unter dem Deckmantel einer Begleichung der Besatzungskosten.

Die in der Broschüre angeführten Tatsachen und Zahlen bilden größtenteils kein Geheimnis. Viele von ihnen erschienen seinerzeit in verschiedenen westdeutschen Blättern keineswegs kommunistischer Richtung („Rhein-Neckar-Zeitung“, „Main-Echo“, „Kölnische Rundschau“ u. a.) oder figurierten in den Reden solcher reaktionärer Politiker wie des früheren bayrischen Ministerpräsidenten Dr. Wilhelm Höigner, des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Weitz', und des Hamburger Oberbürgermeisters Max Brauer. Nichtsdestoweniger wurde die Broschüre beschlagnahmt. Denn zusammengefaßt und mit kurzen, aber vielsagenden Kommentaren versehen, haben die Tatsachen eine derart entlarvende Kraft erlangt, daß dies bei denen, die Westdeutschland als ihre Kolonie ansehen, unbedingt die krampfhafte Reaktion des auf frischer Tat ertappten Diebs hervorrufen mußte.

* 5 Milliarden. Kleine Lektion über Besatzungskosten. Was jeder wissen muß! Frankfurt a. M. 1949.

Hier einige beredte Beispiele.

Im Lande Nordrhein-Westfalen (englische Besatzungszone) werden 40—50 Prozent aller Steuereinnahmen zur Deckung der Besatzungskosten verrechnet. Das Land Niedersachsen (englische Zone) trug allein im Dezember 1948 Besatzungskosten von 53,8 Millionen Mark, was 43,7 Prozent der Steuereinnahmen dieses Landes ausmacht. Nicht weniger als 521 Millionen Mark, oder 18,2 Prozent der Summe aller seiner Ausgaben, muß in diesem Jahr Bayern (amerikanische Zone) entrichten, und zwar nur für Löhne und Gehälter an Deutsche in Diensten der Besatzungsmacht sowie für Mieten und Möbelbenutzung des Personals der amerikanischen Militärregierung.

In den drei Ländern der französischen Zone — Rheinland-Pfalz, Südbaden und Württemberg-Hohenzollern — verschlingen die Besatzungskosten 60 Prozent sämtlicher Steuereinnahmen. Aber wohl am allerschlimmsten ergeht es dem Land Schleswig-Holstein (englische Zone), einer der ärmsten Provinzen Deutschlands. Nannte man es früher „Schleswig-Holstein, meerumschlungen“, so bezeichnet man es jetzt als „von Schulden umschlungen“, denn es hat ein sogar für die Westzonen Deutschlands ungewöhnliches Haushaltsdefizit: 190 Millionen Mark. Hierbei muß es zur Begleichung der Besatzungskosten 216 Millionen Mark zahlen (d. h. 260 Mark pro Jahr für jeden noch in Arbeit stehenden Einwohner).

Die mehrstelligen Summen der Besatzungskosten wurden von den Verfassern der Broschüre in die jedem verständliche Sprache des Nachkriegsalltags übersetzt. So hat z. B. Hamburg im Oktober des Vorjahrs täglich eine Million Mark für den Unterhalt der Besatzungsmacht aufgebracht. Auf die Bevölkerung dieser größten Industrie- und Hafenstadt Deutschlands entfallen 233 Mark Besatzungskosten pro Kopf und Jahr — der Monatslohn eines gelernten Arbeiters. Anstatt sich für diese Geldsummen die in der Broschüre aufgezählten notwendigen Bedarfsartikel zu kaufen, muß dieser Arbeiter „sich an die Straßenecke stellen und die vorbeifahrenden Limousinen begucken... Was er nicht kaufen kann, das kauft die Besatzungsmacht mit seinem Geld.“

Unter Ausnutzung des hinreichend dehnbaren Begriffs Besatzungskosten frönen die Angestellten der Besatzungsorgane ihren persönlichen Bedürfnissen. So wurden z. B., dem in der Broschüre angeführten Eingeständnis des Finanzministers von Nordrhein-Westfalen, Dr. Weitz', zufolge, für die englische Besatzungsmacht auf Konto der Besatzungskosten geliefert: 20 000 Damenschlüpfer, 75 770 Damenpullover, 30 000 Damenhemden, 10 000 Paar Damenstrümpfe, 37 000 Damen-

kleider, 121 915 Paar Herrenschuhe, 48 512 Paar Kinderschuhe, 31 000 Paar Damenschuhe, ferner 2 435 950 Stück Porzellangeschirr, 23 615 Kraftfahrzeugmotoren, 75 735 Matratzen, 28 550 Doppel-Schlafzimmereinrichtungen und 910 000 Flaschen Dry Gin, von Spielzeugen, Zigarettenetuis, Photoalben und anderen „Kleinigkeiten“ gar nicht zu reden.

Auf Kosten der Bevölkerung Westdeutschlands werden fashionable Landhäuser und Villen für die Besatzungsmacht gebaut und deren Ausgaben für Beheizung, Elektrizität, Gas und Wasser beglichen. Den Haushaltsmitteln des gleichen Landes Nordrhein-Westfalen werden zu diesem Zweck 45 Millionen Mark entnommen. Fünfundsechzig Wohnungen für englische Militärangestellte kosteten das Land Schleswig-Holstein mehr als 2 Millionen Mark. Und dies bei der äußersten Wohnungsnot, wo es z. B. in Bayern an 900 000 Wohnungen mangelt und die Länderregierungen selbst die allergeringsten Bewilligungen für den Wohnbau verweigern! Die Verfasser der Broschüre ziehen folgenden Schluß:

„Für 5 Milliarden DM Besatzungskosten im Jahr könnten 100 000 Wohnungen gebaut werden. Über 600 000 Familien bekämen jedes Jahr eine vernünftige Wohnung.“

Den Marionettenregierungen der westdeutschen Länder mangelt es an Mitteln zum Bau von Wohnhäusern für die Werktätigen und zur Befriedigung der sozialen Bedürfnisse. Hingegen reicht das Geld aus für den Unterhalt von „Dauerpensionären“, wie man in Westdeutschland die mehr als 500 000 „DP's“ nennt, d. h. die „versetzten Personen“ (Displaced Persons), unter denen sich, der Broschüre zufolge, auch verschiedene faschistische Verbrecher, Kriminelle und Heimatverräter verstecken, die von den westlichen Behörden für dunkle Ziele aufgespart werden. Der Unterhalt eines jeden von ihnen kostet die Steuerzahler jährlich fast 2000 Mark. Selbst ein so kleines Land wie Württemberg-Hohenzollern hatte im Jahre 1948 für sie 16 Millionen Mark aufzubringen. Dafür leistete dieser faschistische Mob während der Wahlkampagne seinen westlichen Wohltätern wertvolle Dienste bei der Verteilung der von der Kommunistischen Partei organisierten Wahlversammlungen und bei der Abrechnung mit nicht genehmten Personen.

Aus den Mitteln der westdeutschen Steuerzahler wird auch der Unterhalt der zahlreichen Deutschen in Diensten der Besatzungsmacht bestritten. Im Jahre 1948 kamen in Nordrhein-Westfalen auf einen englischen Besatzungssoldaten 8 deutsche „Hilfskräfte“. In der Broschüre wird festgestellt, daß unter den Personen, die der Besatzungsmacht unmittelbar dienen, „vom Kraftfahrer bis

zum Politiker viele Eingeborene einen Arbeitsplatz gefunden haben".

Die reaktionären Politiker der Westzonen, die das Besatzungsstatut folgsam angenommen haben, tragen zur Verewigung der Besetzung bei, welche die Bevölkerung alljährlich Milliarden Mark kostet. An der Verlängerung der Besetzung sind die Führer der CDU/CSU, SPD und FDP interessiert, die, wie in der Broschüre festgestellt wird, „hundertmal die Fortführung des Besatzungsregimes gefordert haben, die hundertmal für jede Summe der Besatzungskosten gestimmt haben, die von der Besatzungsmacht verlangt wurde“.

In der Broschüre wird daran erinnert, daß kein anderer als Schumacher während seines Besuchs in den Vereinigten Staaten im September 1947 die Schaffung eines Besatzungsstatuts als erster angeregt hat. Interessiert sind zusammen mit Schumacher an langjähriger Fortführung der Besetzung

„die Monopoherren an Rhein und Ruhr, die wieder in hohen Stellungen der deutschen Wirtschaft sitzen, die auf Kosten der deutschen Arbeiter neue Profite scheffeln und nichts sehnlicher wünschen, als Rüstungsaufträge auszuführen, die ihnen von Übersee versprochen sind“.

Die Propagandisten des Dollars und eines neuen Kriegs betonen lärmvoll in jeder Weise die „Hilfe“, die Westdeutschland laut Marshallplan angeblich erwiesen wird. Aber um sich von dem Raubcharakter der amerikanischen „Hilfe“ zu überzeugen, braucht man nur zwei Zahlen miteinander zu vergleichen, wie dies in der Broschüre geschieht: die 5 Milliarden Mark Besatzungskosten und die 1,8 Milliarden Mark Marshallplan-Kredit, die um den Preis weiterer Knechtung der westdeutschen Wirtschaft getilgt werden sollen.

Bekanntlich haben die Westmächte formal auf die Reparationsansprüche an Deutschland verzichtet. Faktisch erheben sie von der Bevölkerung der Westzonen einen kolossalen Tribut. Die Verfasser der Broschüre zitieren die nur zu bekannte Erklärung Clays, wonach die Besetzung Deutschlands noch bis zu 20 Jahren andauern wird, und schreiben:

„Damit werden wir in 20 Jahren 100 Milliarden DM los, ohne auch nur einen Pfennig an Reparationen geleistet zu haben.“

Es sei vermerkt, daß die Verfasser der Broschüre zwecks Vereinfachung und Veranschaulichung nur die Durchschnittshöhe der Besetzungs-kosten für die vergangenen Jahre angenommen haben. Aber der Appetit kommt ja beim Essen; die Besatzungskosten der Westmächte nehmen unentwegt zu: im Haushaltsjahr 1946/47 beliefen sie sich auf 5,2 Milliarden Mark, im Jahre 1947/48 bereits auf 5,8 Milliarden, vollends 1948/49 auf fast 6 Milliarden Mark. Wie der Hamburger Oberbürgermeister Max Brauer erklärte, werden die Besatzungskosten der Westzonen im Haushaltsjahr 1949/50 7,7 Milliarden Mark erreichen. Zu diesen Summen gehört nicht der Wert der demontierten Betriebe und derjenigen, die jetzt demontiert werden (in der englischen Zone erfolgt die Demontierung der Friedensindustrie nunmehr mit Volldampf), zu ihnen gehört auch nicht der nach Milliarden Dollars zählende Wert der von den englisch-amerikanischen Monopolen rechtswidrig angeeigneten deutschen Patente sowie anderer hinreichend fühlbarer Entnahmen aus der deutschen Wirtschaft.

Das sind die Maßstäbe der Ausplünderung Deutschlands durch die Westmächte. Diese Plünderei mitsamt der Politik der Umwandlung Westdeutschlands in ein Kriegsarsenal und in eine Quelle billiger Landsknechte für einen neuen Krieg schafft Klarheit darüber, warum die Westmächte sich der Annahme der Sowjetvorschläge betreffs baldigster Vorbereitung eines gerechten Friedensvertrags mit Deutschland und betreffs Wegführung sämtlicher Besetzungstruppen binnen Jahresfrist nach seiner Unterzeichnung widersetzen. Auf der Pariser Tagung des Außenministerrats erklärte Acheson, der Friedensvertrag mit Deutschland könne über kurz oder lang nicht abgeschlossen werden, während er den Termin des Abzugs der Besetzungstruppen zynisch durch die Formel kennzeichnete: „Ein Jahr plus x, wobei es ganz unmöglich ist, zu bestimmen, wieviel Jahren x gleich ist.“

Die Broschüre „5 Milliarden“ entlarvt einen Grund der Hinauszögern der Friedensregelung für Deutschland durch die Westmächte: die koloniale Ausbeutung der westdeutschen Bevölkerung und die Herauspumpe vieler Milliarden getarnter Reparationen aus der Wirtschaft der Westzonen Deutschlands.

7. September

In Australien wird eine Kampagne für Weltfrieden durch eine Massenkundgebung im Rathaus von Melbourne eröffnet.

9. September

Der 81. Kongreß der britischen Trade Unions in Bridlington wird geschlossen.

In Algier treten Truppenteile der französischen Fremdenlegion in den Aufstand und weigern sich, nach Indochina zu gehen. Kämpfe gegen reguläre französische Truppen, die zur Unterdrückung des Aufstands entsandt wurden.

Bildung eines Nationalkomitees zum Schutze des Friedens in Chile. Dem Komitee treten der Dichter Pablo Neruda, der ehemalige chilenische Präsident Carlos Ibanez und andere namhafte Persönlichkeiten bei.

10. September

In Peiping wird ein vorbereitender Ausschuß zur Gründung eines Chinesischen Komitees zum Schutze des Friedens gebildet. Zum Vorsitzenden des Ausschusses wurde der Schriftsteller Kuomodscho gewählt.

In P-hjöng-jang wird die vierte Tagung der Obersten Volksvertretung der Demokratischen Volksrepublik Korea geschlossen. Von der Tagung wurde die Tätigkeit der Regierung während des vergangenen Jahres gebilligt und ein Gesetz über allgemeine Grundschulpflicht beschlossen.

11. September

Schluß des amerikanischen Kontinentalkongresses zum Schutze des Friedens in Mexico City. Von dem Kongreß wurde ein Manifest zum Schutze des Friedens beschlossen und wurden Maßnahmen zur Erweiterung des Kampfes für den Frieden in jedem der amerikanischen Länder unter der allgemeinen Leitung des Ständigen Komitees des Weltkongresses der Friedensanhänger getroffen.

12. September

Abschluß der Washingtoner Finanzverhandlungen zwischen den Vertretern der USA, Englands und Kanadas.

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

September 1949

14. September

Louis Aragon, einer der größten französischen Schriftsteller der Gegenwart und hervorragenden fortschrittlichen Politiker, Direktor der Zeitung „Ce Soir“, sowie Fernand Lefort, Maire von Saint-Ouen, werden wegen „Verletzung der Pressegesetze“ die Bürgerrechte aberkannt.

Eröffnung einer außerordentlichen Tagung des Großen Sobranje Bulgariens in Sofia.

15. September

In Sofia wird ein bulgarisch-albanisches Abkommen über kulturelle Verbindung für das kommende Jahr unterzeichnet.

Anlässlich des Dreißigjahrtages der Gründung der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten findet in New York eine von 18 000 Personen besuchte Kundgebung statt.

Eröffnung des Jahreskongresses der kanadischen Gewerkschaften in Calgary.

16. September

A. J. Wyschinski, der Führer der Delegation der Sowjetunion, zur vierten Tagung der UNO-Vollversammlung, reist aus Moskau nach New York ab.

In Budapest beginnt der Prozeß gegen den ehemaligen ungarischen Außenminister László Rajk und dessen Komplicen. Teilnehmern an einer Verschwörung der Imperialisten gegen die demokratische Staatsordnung in Ungarn.

Die englisch-amerikanische Mehrheit im Sicherheitsrat verhindert wiederum die Aufnahme von 13 neuen Mitgliedern in die UNO, indem sie die Sowjetresolution über die gleichzeitige Aufnahme von Albanien, Bulgarien, Ungarn, Rumänien, der Mongolischen Volksrepu-

blik, Portugal, Italien, Österreich, Irland, Finnland, Ceylon, Transjordanien und Nepal ablehnt.

In Skodér (Skutari) wird der Vereinigungskongreß des Kommunistischen Jugendverbandes Albaniens und der Organisation der Volksjugend eröffnet. An dem Kongreß nimmt eine von N. A. Michailow geführte Delegation der Sowjetjugend teil.

Ungeachtet der vom Kongreß der britischen Trade Unions in Bridlington gebilligten Lohnstopp-Politik der Regierung, beschließt der Generalrat der Gewerkschaftskonföderation des Schiffbaus und des Maschinenbaus, die 37 Verbände vereinigt, die Forderung nach einer Lohnerhöhung von 1 Pfund wöchentlich zu stellen.

17. September

Die tschechoslowakische Regierung verordnet die Abschaffung des Markensystems für Brot und Teigwaren ab 1. Oktober.

Eröffnung der Internationalen Herbstmesse in Budapest, an der die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie teilnehmen.

18. September

Die englische Labourregierung führt eine Abwertung des Pfund Sterling durch. Der Pfundkurs wird von 4,03 Dollar auf 2,80 Dollar gesenkt.

In Tokio findet ein von 800 Delegierten besuchter Landeskongreß der Bauern statt. Auf der Tagung wurde eine Protestresolution gegen die von der Yoshidaregierung vorgenommene Abschaffung der staatlichen Preiskontrolle für landwirtschaftliche Erzeugnisse beschlossen.

Ein Kriegsgericht in Piräus (Griechenland) verurteilt Keti Zevgos, die Witwe des 1947 von den faschistischen Monarchisten ermordeten Janis Zevgos, Mitglieds des Politischen Büros der Kommunistischen Partei Griechenlands, zum Tode wegen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und wegen der Weigerung, ihre politische Überzeugung zu verleugnen.

VERLAGSANZEIGEN

UNIONSGESELLSCHAFT FÜR DIE VERBREITUNG POLITISCHER UND WISSENSCHAFTLICHER KENNTNISSE

Soeben im Druck erschienene Stenogramme öffentlicher Vorträge:

- D. TISCHTSCHENKO — *Die Enzyklopädie des Grundwissens vom Marxismus-Leninismus. (Die Stalinsche „Geschichte der KPdSU[B]. Kurzer Lehrgang.“)* 32 S., Rbl. —,60
- N. S. AWDONIN — *Neue wirksame Methode zur Anwendung von Mineraldünger in der Landwirtschaft. („Kollektivwirtschaftsserie.“)* 20 S., Rbl. —,50
- N. G. ALEXANDROW — *Die Prinzipien des sowjetischen Arbeitsrechts als Prinzipien der wahren Arbeitsfreiheit.* 24 S., Rbl. —,60
- A. N. STUDITSKI — *Die Mendel-Morgansche Genetik im Dienste der amerikanischen Reaktion.* 24 S., Rbl. —,60
- M. G. TSCHISHEWSKI — *Die Feldgrasfruchtfolge und ihre Anwendung. („Kollektivwirtschaftsserie.“)* 28 S., Rbl. —,50
- K. TSCHUKOWSKI — *Nekrassow über Puschkin.* 20 S., Rbl. —,60
- D. W. SCHWEIZER — *Die Lösung von Differenzen in Arbeitsfragen in der UdSSR.* 32 S., Rbl. —,60
- A. N. SCHELEPIN — *Der Komsomol in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion.* 28 S., Rbl. —,60
- W. A. SCHISCHAKOW — *Die Rolle russischer Gelehrter in der Entwicklung der Astronomie. („Kollektivwirtschaftsserie.“)* 20 S., Rbl. —,50

VERLAG „SOWJETSKI PISATEL“ (DER SOWJETSCHRIFTSTELLER)

Neuerscheinungen:

- A. BELEWITSCH — *Poeme.* Aus dem Bjelorussischen von A. Prokofjew. 116 S., Rbl. 6,50
- N. GRIBATSCHOW — *Frühling in der Kollektivwirtschaft „Pobeda“ (Sieg).* Poem. Teure Landsleute. Gedichte. 208 S., Rbl. 8,50
Gedichte über das sowjetische Kollektivwirtschaftsdorf.
- Z. DAMDINSUREN — *Mongolische Erzählungen.* Aus dem Mongolischen. 132 S., Rbl. 3.—
Erzählungen aus dem Leben der vorrevolutionären Mongolei und der jungen Mongolischen Volksrepublik.
- K. KALADSE — *Ausgewählte Gedichte.* Aus dem Georgischen. 140 S., Rbl. 5.—
Gedichte eines zeitgenössischen georgischen Dichters über das sozialistische Georgien.
- M. LYNKOW — *Ausgewählte Erzählungen.* Autorisierte Übertragung aus dem Bjelorussischen. 210 S., Rbl. 5,50
Sammlung von Erzählungen über den heldenhaften Kampf des bjelorussischen Volkes gegen die hitlerfaschistischen Okkupanten und über den Wiederaufbau der Städte und Dörfer Sowjetbjelorußlands in der Nachkriegszeit.
- W. KUROTSCHKIN — *Gedichte.* Mit einer Einleitung und mit Anmerkungen herausgegeben von I. Jampolski. („Dichterbibliothek.“ Kleine Serie.) 380 S., Rbl. 10,50
- KAWI NADSHMI — *Uferfeuer.* Erzählungen. Autorisierte Übertragung aus dem Tatarischen. 204 S., Rbl. 5.—
Erzählungen eines zeitgenössischen tatarischen Schriftstellers über das Leben des tatarischen Volkes unter dem Zarismus und nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, die es aus der nationalen Unterdrückung und von der kapitalistischen Ausbeutung befreit hat.
- P. PAWLENKO — *Ausgewählte Werke.* (Serie „Bibliothek ausgewählter Werke der Sowjetliteratur.“) 432 S., Rbl. 9,50
Inhalt: Glück. Roman. Alexander Newski. Filmmanuskript. Morgendämmerung. Es regnet. Herbströte und andere Erzählungen.
- A. F. FJODOROW — *Das illegale Gebietskomitee in Aktion.* Buch I und II. Literarische Bearbeitung von J. Bosnjazki. 440 S., Rbl. 12.—
Erinnerungen eines zweimal mit dem Titel eines Helden der Sowjetunion ausgezeichneten ruhmreichen Führers ukrainischer Partisanen über den aufopferungsvollen Kampf der Sowjetmenschen im Rücken der hitlerfaschistischen Eindringlinge während des Großen Vaterländischen Krieges.

Alles in russischer Sprache.

DIE **NEUE ZEIT**

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE

DIE **NEUE ZEIT**

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VOLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTBLÄTTET DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBRANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE **NEUE ZEIT**

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSONLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.